

Bezugspreis:

Wochenschein 30.- M., monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Vor-
zahlung: Monatslich 10.- M., einjährig 120.-
M., halbjährig 60.- M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Pommerngebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Bessarabien 30.- M. Für
das übrige Ausland 47.- M. Vor-
bestellungen nehmen an Deutscher
Lingam, Eichen- u. Süsser, Dän-
mark, Holland, Kurland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimweh“ und der
Beilage „Erziehung und Jugendzeitung“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Tageszeile
kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (un-
abhängig vom festgedruckten Wort), jedes
weiteres Wort 1.- M. Gestaltungs-
und Schließzeilen sind nach dem
Wort 1.- M. jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 18 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Wohnort und Zeit 1.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hausvertrieb, Berlin SW 68, Linden-
straße 3 abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morianplatz 15195-97
Expedition Morianplatz 11753-54

Donnerstag, den 18. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Morianplatz 11753-54

Das oberschlesische Friedenswerk.

Kattowitz, 17. August. (WIB.) Auf Anregung des obersten polnischen Volksrates hatte am 12. August eine Vorbesprechung zwischen Deutschen und Polen in kleinerem Kreise stattgefunden, in der beschlossen worden war, eine gemeinsame Versammlung der Vertreter aller deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens einzuberufen. Diese Versammlung hat am 16. August in Kattowitz stattgefunden. Alle deutschen und polnischen Gewerkschaften und Parteien waren durch ihre berufenen Führer vertreten. Der Vorsitzende des deutschen Ausschusses für Oberschlesien, Dr. Latschke, leitete die Versammlung, deren Zweck die Beseitigung von Maßnahmen war, die geeignet sind, innerhalb der Bevölkerung Oberschlesiens ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, daß die berufenen Vertreter beider Nationalitäten getrennte Aufrufe an die oberschlesische Bevölkerung erlassen, die dem Sinne nach übereinstimmen, gleichzeitig in den deutschen und in den polnischen Zeitungen des Landes erscheinen und die Notwendigkeit einer Überbrückung der nationalen Gegensätze betonen, sich gegen jede gewaltsame Lösung der oberschlesischen Frage sowie gegen Gewalttätigkeiten und Bedrohungen Andersdenkender erklären und die Bildung paritätischer, aus Vertretern beider Nationalitäten zusammengesetzter Ausschüsse ankündigen werden, die dafür sorgen sollen, daß in friedlicher Zusammenarbeit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden. Die Bildung dieser paritätischen Ausschüsse ist bereits in Angriff genommen. Es wurde ferner vereinbart, daß alle Ausschreitungen, die von irgendeiner Seite vorkommen, nachgeprüft werden sollen.

Weg, nämlich das Vertrauen der Handelswelt wieder zu gewinnen. Sodann schilderte Lloyd George die Not, die der Krieg in allen Ländern zurückgelassen habe und erklärte unter Beifall, die Washingtoner Abrüstungskonferenz komme nicht eine Stunde zu früh. Jedoch auch sie würde nicht genügen, wenn nicht eine dauernde Wachsamkeit verbündeter Nationen in der Welt bestünde — welche Gestalt auch dieser Vorschlag nehmen möge — die eine Gewähr dafür biete, daß Ehrgeiz und Habgier niemals wieder die Welt in diesen Sumpf des Elends stürze. (Großer Beifall.)
Asquith bezeugte die Rede Lloyd Georges als die bestfriedliebendste Erklärung über die internationale Lage seit dem Waffenstillstand. Er begrüßte die bevorstehende Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und hofft, daß die Aufhebung der militärischen Belegung bald folgen werde.
In dem türkisch-griechischen Konflikt müßten die Alliierten strengste Neutralität wahren und soweit wie möglich das Gebiet auf die engsten Grenzen begrenzen. Asquith fragte bezüglich der oberschlesischen Frage, ob nach Ansicht Lloyd Georges die Deutschen und die Polen Gelegenheit erhalten würden, ihren Fall zu unterbreiten. Lloyd George nickte zustimmend. Auf die Frage, ob die Deutschen in dieser Hinsicht in genau dieselbe Lage versetzt werden müßten, wie Polen, obwohl Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei, nickte Lloyd George, wie es den Anschein hatte, ebenfalls zustimmend.
Thomas erklärte,
die Ansicht der Arbeiterpartei

Englische Maßnahmen in Oberschlesien.

Oppeln, 17. August. (WS.) Das englische Truppenkommando hat dem englischen Vertreter in der Interalliierten Kommission einen auf Grund von Berichten englischer Kreiskommissare und -kommissionen, die erst kürzlich das ganze Abstimmungsgebiet bereist haben, zusammengefaßten Bericht über die bedrohliche Lage, vor allen Dingen über das gefährliche Treiben und die Zusammenführung der Gemeindegewehre in den Kreisen Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz, Gr. Strehlitz und Rybnik und die eingeleitete und ein sofortiges Eingreifen der Interalliierten Kommission gefordert, sonst sei ein neuer polnischer Aufstand in Kürze unvermeidlich.
Das englische Truppenkommando hat verfügt, daß innerhalb des englischen Besatzungsgebietes sämtliche Gemeindegewehre aufzulösen und unter Aufsicht englischer Offiziere neu zusammenzustellen sind. Die Ortsverwaltungen werden für die ordnungsmäßige Aufgabe der im Besitz der augenblicklichen Gemeindegewehre befindlichen Waffen und ihre sichere Aufbewahrung verantwortlich gemacht. Alle Ausweise, die von den Führern der Gemeindegewehre ausgestellt sind, werden ebenso wie alle von diesen erlassenen Verfügungen für ungültig erklärt. Alle Bewohner müssen im Besitz von Ausweisen sein, die den Stempel der zuständigen englischen Kreiskommandantur tragen. Zureisende haben sich zwei Stunden nach Ankunft bei der Kreiskommandantur zu melden und vor der Abreise wieder zu melden. Alle Versammlungen bedürfen der Erlaubnis der Kreiskommandantur. Jeder Ausschank von Alkohol, auch an die Besatzungstruppen ist strengstens untersagt.

Die Stellung der englischen Presse.

Der „Daily Telegraph“ beschäftigt sich mit der Konferenz der Finanzminister in Paris und erklärt, daß es in England und den alliierten Ländern nicht geringe Überraschung erregte, daß Frankreich seine Unterschrift unter die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz verweigern wollte. Der „Daily Telegraph“ erinnert daran, daß Frankreich tatsächlich um 300 Millionen Goldmark für seine Besatzungskosten durch deutsche Naturalleistungen zuviel erhalten hatte, die es nun zurückerhalten müsse, und daß dieser Mehrbeitrag Frankreich von den übrigen Jahreszahlungen abgezogen und England überwiesen werden solle. Wenn sich Frankreich dagegen wendet, daß die Saarrohle als deutsche Naturalleistung gebucht werde, so vergißt es, daß das Abkommen von Spa dies ausdrücklich festgelegt habe. Das Blatt erklärt, daß die Behauptung Frankreichs unrichtig sei, daß die Saargruben ein Kapital darstellten, welches vorläufig nicht ausgebeutet werden könne. Frankreich exportierte Saarkohle, und sogar in Paris sehe man Kohle mit der Aufschrift „Saarbergwerk“. Außerdem habe Frankreich die Berguntersuchung erhalten, daß es die deutsche Kohle billiger bezahle als ursprünglich abgemacht worden war.
Auf zwei Dinge, die bisher der öffentlichen Beachtung entgingen, und die von der Finanzkonferenz beschlossen worden waren, lenkt der „Daily Telegraph“ die Aufmerksamkeit: Man beschloß, ein Komitee einzusetzen, das die deutschen Schuldschreibungen plazieren soll; ferner beschloß man die Einsetzung eines zweiten Komitees, in welchem die alliierten Nationalbanken und die deutschen Bankinstitute vertreten sein werden. Dieses Komitee wird die Aufgabe haben, die auswärtigen Devisenoperationen zu überwachen, welche sich einstellen werden, wenn Deutschland neue Reparationszahlungen leisten wird.

Das Unterhaus für Lloyd George.

London, 16. August. (WIB.) Lloyd George führte zum Schluß noch aus, die Sowjet-Regierung gebe zu, daß man die russischen Bauern dazu bewegen müsse, ihr Getreide abzugeben und daß der einzige Weg dazu die Beschaffung von Waren für die Bauern sei. Für die Beschaffung von Waren gebe es nur einen

Konflikte vor dem Völkerbund.

Warschau, 17. August. (WS.) Nach längerem Verzug hat die polnische Regierung sich in einem Schreiben an Hyman bereit erklärt, zum 25. August den Vertreter Polens im Völkerbund, Prof. Hysien, nach Genf zu entsenden, um Hyman Informationen für seinen Bericht an den Völkerbundrat zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig weist die polnische Regierung darauf hin, daß die Stellungnahme der litauischen Regierung eine Ablehnung der gütlichen Regelung der Wilnafrage bedeute, weswegen alle vorbehaltlich gemachten Zugeständnisse der polnischen Regierung hinsichtlich der Wilnafrage geworden seien. Die polnische Note mit ihrer ausdrücklichen Hervorhebung des Zweckes der Entsendung der Delegierten bedeutet eine abschlägige Antwort an Hyman, der eine nochmalige Konferenz polnischer und litauischer Vertreter unter seinem Vorsitz angeregt hatte.
Genf, 17. August. (WIB.) Die Regierung von Albanien, die Mitglied des Völkerbundes ist, hat das Eingreifen des Völkerbundrates angerufen, um den Frieden zwischen Albanien und Südserbien herzustellen. Albanien fühlt sich bedroht.
Paris, 17. August. (WIB.) Der „Temps“ berichtet, daß Frankreichs Vertreter im Völkerbund, Léon Bourgeois, eine Besprechung mit Lloyd George gehabt hat.

Entente gegen Südslovenen.

Paris, 17. August. (WIB.) Der Völkerbundrat nahm heute von dem Telegraphen Kenntnis, das er über die Lage in Sarajewo erhalten hat. Er beschloß, sofort in Belgrad die nötigen Schritte zu tun, um die jugoslawische Regierung nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die ungarischen Gebiete gemäß den Bestimmungen von Trianon unverzüglich zu räumen.

Ungarn droht Deutschösterreich.

Budapest, 17. August. (Ang. Telegr.-Korresp.-Bureau.) Ministerpräsident Graf Bethlen sagte in einer in Eisenburg gehaltenen Rede, Ungarn habe in der welsungarischen Frage alles versucht, um mit Oesterreich ein gütliches Übereinkommen zu treffen. Nun sei die ungarische Regierung an der äußersten Grenze der Nachgiebigkeit angelangt, und wenn Oesterreich auch diesmal die dargebotene Freundschaft zurückweise, werde Ungarn auch vor Vergeltung nicht zurückzusehen.
Wenn Deutschösterreich das deutsche Burgenland mit seinen geringen kroatischen Minderheiten übernimmt, so erfüllt es lediglich das Entenziel auch in dem einzigen Punkt, der ihm Land, Volk, Rohrmittel und Kohlestoffe gibt. Radjoren werden durch diese Abtretung Ungarn nicht entzogen. Gegen das schwache Deutschösterreich glaubt Ungarn losgehen zu können. Berechtigt wäre die Ansetzung einer Volksabstimmung. Hier droht ein neues Oberschlesien nicht; an dem „Polen“ fehle es nicht, wohl aber an der gleichstimmigen starken Minderheit im Abstimmungsgebiet.

Kulturpolitik und Programm.

von Fritz Rarzen.

Der Entwurf zu dem neuen Programm enthält auch einen besonderen Abschnitt unter der Überschrift „Kulturpolitik“. Man müßte erwarten, daß durch eine kurze Wendung am Anfang Klarheit über die Bedeutung der Kulturpolitik für die Partei geschaffen wird, und das gerade heute, wo die kulturellen Aufgaben der Partei immer mehr in den Vordergrund treten. Es müßte grundsätzlich gesagt werden, was auf dem Dresdener Kulturtag immer wieder so einmütig und stark zum Ausdruck kam, daß die Sozialdemokratie nicht nur für wirtschaftliche und politische, sondern letzten Endes für kulturell-menschliche Ziele kämpft, daß alles Ringen der Arbeiterklasse um wirtschaftliche Besserstellung nicht Endziel, sondern nur Mittel sei, um ein wahrhaft menschliches Gemeinschaftsleben zu ermöglichen, daß somit die Sozialdemokratie immer mehr zur Kulturpartei werde. Anstatt dessen zeigt der Abschnitt im Entwurf vier Punkte gleichsam als Unterabteilungen sozialistischer Kulturpolitik. Es wird von der Erziehung gesprochen, von der Jugendhilfe, der Jugendbewegung und der Religion. Versteht man auch, daß diese Punkte bei den Genossen Gegenstand besonderen Interesses sind, wird man auch nicht verlangen können, daß das Gesamtgebiet kulturellen Lebens in wenigen Sätzen behandelt wird, so muß man doch sagen, daß die Beziehung zwischen den ersten drei Abschnitten, die offenbar eng zusammengehören, und dem vierten nicht ersichtlich ist und daß die Erziehungs- und die religiöse Frage allein doch einen zu engen Rahmen für sozialistische Kulturpolitik bedeuten. Weder das Wort „Kunst“ noch das Wort „Wissenschaft“ stehen in diesem Kulturprogramm.
War es dann nicht richtiger, wo doch eine starke Beschränkung geboten war, überhaupt nur die Erziehungs- und Bildungsfrage als solche herauszuheben? — Die Art freilich wie sie in dem vorliegenden Entwurf behandelt ist, scheint mir nicht glücklich. War bei allen anderen Abteilungen des Entwurfes der leitende Gesichtspunkt, den Genossen zur Orientierung unter den gänzlich veränderten Verhältnissen der Gegenwart zu verhelfen, so ist dieses Ziel hier zweifellos nicht erreicht. Die gebrauchten Begriffe sind für denjenigen verständlich, der in den Dingen lebt, für den Außenstehenden sind sie ohne Aufschauungskraft. Wir haben es in der Agitation immer wieder gemerkt, daß Worte wie Arbeits- und Lebensgemeinschaft vielen Genossen ganz nebelhaft bleiben. Abgesehen von diesem Mangel, der allen Teilen anhaftet, fordern einzelne Punkte noch besonders die Kritik heraus.
Am Anfang steht ein Satz, der alle Erziehung als Aufgabe der Gemeinschaft, Familien- und Jugendbildung als unvertraute Gemeinschaftsaufgabe bezeichnet. Dieser Satz, den wir, wenn ich mich recht erinnere, in einem Entwurf des Hamburger Schulrats Göhe lasen, ist in dieser Formulierung vielen Mißverständnissen ausgelegt. Es wird von bürgerlicher Seite natürlich eingewandt werden: Da sieht man ja klar, daß die Sozialdemokratie die Familie ihres elementarsten Rechtes berauben will. Wer soll denn darüber bestimmen, welchen Familien die Erziehung anvertraut werden darf? — Die Meinung dieses Satzes ist doch aber ganz im Gegenteil, daß in Folge der wirtschaftlichen Entfaltung und der damit verbundenen immer mehr fortschreitenden Auflösung der Familie die Gemeinschaft die früher von der Familie wahrgenommene Erziehungsaufgabe übernehmen muß, daß von einer Beseitigung der Familie, wo sie erziehungsfähig ist, nicht die Rede ist. Es kommt nicht klar genug zum Ausdruck, daß es sich um die Erfassung einer heute klar zugrunde liegenden Tendenz der Entwicklung handelt, der sich naturgemäß keine Partei entgegenziehen kann. Wesentlich deutlicher ist Paulsens Programm: „Die Gemeinschaft löst die Familie ab, wenn sie sich freiwillig auflöst oder aus inneren oder äußeren Gründen lebensunfähig wird.“ Nun bleibt dieser Satz der einzige, der etwas über die Organisation sozialistischer Erziehung sagt. Die Gemeinschaft aber, die hier als Träger der Erziehung angenommen wird, bleibt völlig unbestimmt. Es dürfte doch unabweisbar sein, daß als Träger der Erziehung nur eine sich frei innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Bindungen entfaltende, kulturelle Organisation in Frage käme, wie sie sich von unten auf heute durch den Zusammenfluß von Elternschaften und Lehrern in Hamburg und Bremen entwickelt.
Es ist weiterhin bedauerlich, daß die alten Begriffe, Erziehungsziele und Erziehungsmittel gewählt sind. Es liegt zu nahe, bei dem „Ziel“ an eine dogmatische Bindung zu denken an ein inhaltliches Ideal, von dem nun die sozialistische Erziehung bestimmt sein soll. Und wenn dieses Ziel als „des sozialistische Mensch“ bestimmt wird, so wird diese Gefahr damit nicht vermieden. Sinn einer sozialistischen Erziehung ist doch gerade, die Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen zum Besten der Gesellschaft zur höchsten Entfaltung zu bringen. Ich erinnere an die glücklichen Formulierungen in Paulsens Programm: „Die Schule sei der Weg des Kindes zu sich selbst, nicht zu Dogmen, Zwecken und Programmen. Jedes begrifflich vorweg genommene Ziel der Erziehung droht Müßiggang und Berrat am Kinde zu werden.“ Erst damit wird meines Erachtens das unterscheidende Merkmal gegeben, das sozial

fische von bürgerlicher Erziehung trennt. Sie stellt kein Ziel auf, das alle erringen müssen, dessen Besitz für alle nötig ist, sondern sie befriedigt die kulturellen Lebensbedürfnisse. „Die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft“ ist noch kein Ziel, das nicht auch bürgerliche Parteien, namentlich die äußere Rechte, anerkennen würden. Predigt doch die rechtsstehende Jugendbewegung heute laut genug die Hingabe an das Ganze, an den Staat, „wie sie ihn verstehen“. Und das selbstgestaltende Gemeinschafts- und Arbeitsleben (nebenbei bemerkt: Wen gestattet das Gemeinschaftsleben? Sollte nicht richtiger das Wörtchen „sich“ einzufügen sein?) als Mittel der Erziehung zu bezeichnen, bedeutet einen Widerspruch gegen den wohl von jedem Sozialisten unterschriebenen Ausdruck in Pausens Programm: Die Schule ist „schlechthin die Lebensstätte der Jugend, beherrscht von ihrem ureigenen Lebensgesetz... Die Schule sei darum eine Stätte sinnvoller Arbeit.“

Es wäre hier noch vieles zu sagen über die Art, wie im Entwurf die Bildungsstätten für erwachsene Volksgenossen „neben“ den einheitlichen Bau des Bildungswesens gesetzt werden, in den sie sich vielmehr einfügen müssen, wie weiterhin die Jugendhilfe mit dem eigentlichen Erziehungswesen zu verbinden wäre, das sie ergänzt und zum Teil ablöst; aber diese Hinweise müssen hier genügen. Nur eins möchte ich nochmals erwähnen: In den vielen Versammlungen, in denen ich über Schulfragen vor Parteigenossen gesprochen habe, ist mir immer wieder die Frage entgegengetreten: Wie kommen wir zu dieser sozialen Gemeinschaftsschule? Es wäre schon gut, wenn wenigstens durch ein Wort gesagt würde, daß der Weg nur im Gegensatz zu der von oben geordneten bisherigen Schule, von unten her durch freie Gemeinschaftsbildungen der von neuer Gesinnung durchdrungenen Menschen aufwärts führt.

Aus den schönen Erläuterungen, die Antonie Pfäff dem Entwurf beigegeben hat, geht hervor, daß sachlich zwischen den hier vertretene Auffassungen und denen der Programmkommission kein Widerspruch besteht. Um so notwendiger erschien es mir, darauf hinzuweisen, wie mißverständlich die gewählten Formulierungen sind.

Und die Goldwerte?

Die Reichsregierung dementiert, daß der Gedanke an die Erfassung der Sach- und Goldwerte zum Zwecke der Wiedergutmachung aufgegeben sei. Wir hegen berechtigte Zweifel, daß dieses Dementi ernst zu nehmen ist. Hat doch der Reichskanzler Wirth erst kürzlich erklärt, daß man diesen Gedanken nur für die industriellen und gewerblichen Körperschaften weiter verfolgt. Es handelte sich, wie wir seinerzeit mitteilen konnten, um den Plan, die Körperschaftsteuer für eine Reihe von Jahren durch eine einmalige Zahlung in Besitzanteilen abzulösen. Eine solche Steuer würde natürlich den überwiegend in Privathänden befindlichen landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitz unberührt lassen. Sie wäre ein kleiner Substanzsteuerersatz, von dem außerdem fraglich ist, ob er der Reichskasse auch wirklich größere Erträge bringen wird, als es die Körperschaftsteuer vermag. Im übrigen hat bei dieser Frage, foweit uns bekannt ist, im Reichskabinett der von Gothein geführte Demokratenflügel gestimmt, der im Gegensatz zu westdeutschen Demokraten für die äußerste Schonung des Besitzes ist. Wenn das Reichskabinett also ernsthaft die Sachwerte zu Steuern heranziehen will, so muß sie schon zu einer Steuerreform greifen, die mit der Erfassung der Goldwerte mehr als den schlagwortartigen Namen gemeinsam hat. Das arbeitende Volk wird sich jedenfalls nicht damit zufriedengeben, daß nur ein Teil des Goldkapitals der Wiedergutmachung dienstbar gemacht

wird, während die indirekten Steuern und die Preiserhöhung für Getreide mit rücksichtsloser Härte auf ihm lasten.

Aber wenn der Steuerplan in dieser Form weiterberaten werden sollte, so wird wenigstens das Kapital der Industrie und der Banken herangeholt. Das ist wie gesagt der Standpunkt der Reichsregierung, soweit er sich aus den kümmerlichen Mitteilungen amtlicher Stellen herleiten läßt. Um so befremdlicher ist es, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ noch vor wenigen Tagen ihren Lesern einzureden suchte, daß durch die Erfassung der Goldwerte die Kriegs- und Revolutionsgewinnler gar nicht betroffen würden. „Diese prächtvolle Sorte von Oberschicht“, so schreibt sie, „ist ja doch eine Degenerationsercheinung des demokratischen Deutschlands, und sie laßt den Steuererheber aus, auf welchen Wegen immer er sich ihr nahen will.“ Herr Helfferich wird sich höchstens bedanken, daß ihm hier die Vaterschaft an den Kreaturen seiner eigenen Finanzpolitik streitig gemacht und dem demokratischen Deutschland zugeschoben wird. Aber wie dem auch sei. Tatsache ist, daß sich eine große Zahl von Schiebern vor der Besteuerung dadurch zu schützen versucht hat, daß sie ländlichen und städtischen Grundbesitz erwarb. Damit haben sie freilich die Anwartschaft auf den Schutz durch die „Deutsche Tageszeitung“ erworben. Und man versteht, warum dieses Blatt jetzt von einer Erfassung der Goldwerte nichts wissen will. Das ist diese Art von nationaler Würde, die sich nicht scheut, dem eigenen Interesse das Staatswohl hinten zu stellen. Noch aufgeregter aber benimmt sich die „Kreuzzeitung“. Der Gedanke, daß die vom Reiche erfassten Goldwerte, sei es verpfändet, um Kredite zu gewinnen, sei es planmäßig ans Ausland veräußert würden, um sie nicht durch wilde Kapitalflucht den Reichshänden entgleiten zu lassen, bringt sie vollends in Aufruhr, und so schreibt sie: „Sozialistischer Irrwahn der Besitzfeindschaft und Unterwürfigkeit unter die unmöglichen Forderungen des Feindes reichen sich in dieser Denkschrift in einer Weise die Hand, die nur zu dem Ergebnis vollständiger und nie wieder gutzumachender Verflauung des deutschen Volkes führen kann.“ — Tönendes Blech im wahrsten Sinne des Wortes. Alle Kriegsmärsche wurden bisher auf Blech geblasen.

Kluger ist der Reichslandbund. Er gibt sich wenigstens die Mühe, mit ein paar hochtönenden Phrasen seinen Steuerprotest zu begründen. Die Landwirtschaft hat bisher immer zu den Steuerprotestanten gehört. Wenn nun die zentralen landwirtschaftlichen Verbände in einer Rundgebung davon berichten, daß das Betriebskapital durch die Erfassung der Goldwerte vernichtet werde, so können wir wenigstens keinen Einwand dagegen finden, daß ein Teil des landwirtschaftlichen Betriebskapitals „vernichtet“ und dem Reichsganzen dienstbar gemacht wird, das sind die Millionen und aber Millionen, die bisher zur Unterhaltung der Orchesten und anderer kriegerischen „Arbeitsgemeinschaften“ verwendet wurden, ferner die Riesenbeträge, die zum Unterhalt einer mit den niedrigsten Verdächtigungen gegen die deutsche Republik und mit der schmachlichsten Revanchehebe arbeitenden Presse dienten, und die alle oder doch zum allergrößten Teil aus den Goldrenten der Landwirtschaft aufgebracht werden. Wenn der Reichslandbund gar in der Erfassung der Goldwerte den entscheidenden Schritt zur fortschreitenden Sozialisierung des produktiven Volksvermögens sieht, so wäre das für uns ein Anreiz mehr, darauf hinzuwirken. Aber wir bedürfen dieses Anreizes nicht und wir müssen, weil wir die Dinge besser kennen, leider gestehen, daß auch von dem leisesten Sozialisierungsversuch in den Plänen des Reichswirtschaftsministers nichts zu merken ist. Die Gründe für diese Auffassung haben wir kürzlich an dieser Stelle dargelegt. Es entbehrt nicht eines bitteren Beigeschmacks, daß wir hier einen Kampf gegen die

Eigenmacht des Kapitalismus führen müssen, ohne daß dieser uns dem sozialistischen Ziele näher bringt. Sieht etwa der Reichslandbund Goldpforderbriege, die in New York Wallstreet verkauft werden, als sozialisiert an? — Wir nicht. Der Landbund natürlich auch nicht. Und so bleibt uns nur die Frage, ob es angeborene Dummheit oder Vögelhaftigkeit ist, die derartigen deutschnationalen Agitationschwund zeitigt.

Natürlich findet sich unter den Gegnern der Erfassung der Goldwerte auch die „Bosische Zeitung“. Sie bringt Gedankengänge, die von dem Willen zur Sachlichkeit getragen sind. Nur sind die Goldwerte natürlich schlagwortartige Phantasien, die erst so ausgelegt werden müssen, daß man sie bekämpfen kann. Aber ein richtiges Wort fällt in ihren Ausführungen. Wir lesen da: „Die Erfassung und Veräußerung oder Verpfändung der Substanzwerte ist in der Tat gar nichts anderes als eine Veräußerung künftiger Staatseinnahmen.“ Sehr richtig! Wenn das Ultimatum aus den gegenwärtigen Staatseinnahmen gedeckt werden könnte, so wäre derjenige ein Verbrecher gewesen, der gegen die Annahme des Ultimatums gestimmt hat und damit das Volk der Befreiung des Ruhrgebiets auszuliefern bereit war. Für solche Verbrecher halten wir unsere Koalitionsfreunde und die Parteigänger der „Bos.“ nicht. Und deshalb müssen wir sehen, künftige Staatseinnahmen zu veräußern, wo die gegenwärtigen noch nicht ausreichen, um das eigene Reichsdefizit zu decken. Hierzu bedarf es des ersten energischen Schrittes. Ist er getan und hat er Erfolg gehabt, dann wird man mit doppelter Energie darauf hinarbeiten müssen, auch die Besteuerungen für die Besteuerung tragfähig zu machen, dann wird man auch die Maßnahmen steuer- und wirtschaftspolitischer Natur einer näheren Prüfung unterziehen müssen, die die Produktionsfähigkeit und zugleich die steuerliche Leistungsfähigkeit des ganzen Volkes steigern, denen aber jetzt, wo die Zahlungstermine drängen, nachzugehen, utopisch wäre.

Bayerns Getreidesorgen.

Die bayerische Regierung hat ihre Bemühungen noch nicht eingestellt, Ausführbeschränkungen für das in Bayern erzeugte Getreide zu erwirken. Gegenüber dem ablehnenden Bescheid, den sich die Ruhr-Beute beim Reichsernährungsministerium zweimal geholt haben, erklären sie jetzt, daß noch weitere Verhandlungen im Gange sind, die man erst abwarten muß, ehe man entscheiden kann, „ob die bayerische Regierung genötigt ist, von sich aus Maßnahmen zu treffen“. Man droht also auch hier, ähnlich wie seinerzeit in der Frage der Einwohnerwehren, unvorhergesehen mit einem eigenmächtigen Vorgehen, das gegen die Reichsgesetze verstößt. Wie man schon jetzt Schleichwege sucht, um die Reichsgetreideordnung zu umgehen, darüber teilt die „Münchener Allgemeine Abendzeitung“, ein offizielles Organ der Ruhr-Regierung, mit, man könne ja den Getreidehandel konzessionieren und die Kontrolle des Verkehrs mit Getreide durch amtliche Frachtbriege durchführen. Es wird Aufgabe des Reichsernährungsministeriums sein, diesen Versuch zur Wiedereinführung einer ungezüglichten Zwangswirtschaft in Bayern zu verhindern.

Es bleibt also dabei, daß Bayern sein billiges Getreide für sich behalten will, und gar nicht daran denkt, anderen Landesteilen etwas abzugeben. Der Versuch, damit wieder einmal eine Preußenhege einzuleiten, ist allerdings fehlgeschlagen. Das genannte Blatt stellt fest, daß Brotgetreide schon deswegen nicht aus Bayern hinausgegangen sei, weil der Preis für Brotgetreide in den ersten Tagen nach der neuen Ernte in Bayern höher war als außerhalb. Nur Braugerste sei über die blaueisen Pfähle geschafft worden, und diese ging nach Württemberg. Es ist wesentlich, diese Mitteilung festzubalten, um auch weiterhin die gegen das Reich gerichtete Propaganda der bayerischen Separatisten in der Brotfrage auf das richtige Maß zurückzuführen.

Osdorf — ein Sommererlebnis.

Von Toni Pfäff.

Genossinnen, wißt Ihr wie das ist? Man hat es lange erträumt und wartet immer noch auf denjenigen, der einem mit der nötigen Million helfen soll, es in die Wirklichkeit umzusetzen.

Da macht man eine kurze Sommerreise, auf der man nur blödeln will — nur ja nichts denken, nichts — denken!

Und da steht es plötzlich vor einem. Ein langer, schön gegliederter einstufiger Bau mit ausgebautem Dachgeschoß mitten in wogenden Aehrenfeldern. Eine alte schattige Allee führt hin.

Ist es ein Herrenschloß? Ein Erholungsheim?

Nach nein, Genossinnen, es ist wirklich und wahrhaftig ein Haus für verlassene, heimatlose Kinder, was uns da anlacht. Was sag ich da: heimatlos? — Mögen sie es gewesen sein durch Unglück oder Schuld ihrer Eltern. Die dort landen, haben eine Heimat gefunden.

Ich kam zufällig und unangemeldet am frühen Mittag. Schon beim Eintreten eine Freude: zwölf kleine Kerle unter 6 Jahren, nur mit Höschen oder Röckchen an — es war in den heißen Julitagen dieses Jahres — wanderten zum Mittagsschlaf. Zwei Mädels von 11 und 12 Jahren begleiteten sie, und schon aus ihrer besuchamen mütterlichen Art leuchtet der Geist des Heims. Bald fallen den kleinen, fatten Beuten die Augen zu. Sie sind in guter Hut — ihre Mütterchen halten treue Wacht.

In den Gängen und den Gruppenzimmern das fröhlichste, geschäftigste Leben. Ruben und Mädel räumen auf, und man sieht ihnen den Stolz an, wenn die Stube fein hergerichtet ist. In jeder Wohnstube haufen ungefähr 16 Kinder mit ihrer Helferin, auf den Tischen grüne Siräube, die ganze Vorderwand ein breites nicht zu hohes Fenster, durch das das weite Land hereinleuchtet. An den Wänden eingebaute Kisten, in denen jedes Kind seine kleinen Habseligkeiten verwahrt. In einer Ecke des Zimmers die Nähmaschine, mit der, wie ich sah, die älteren Mädchen schon gut umzugehen verstehen.

Und junge lachende Helferinnen mitten unter den Kindern. Man sieht ihnen an, sie sind nicht überarbeitet und überhebt, sie haben Zeit und auch das Herz dazu, mit der Jugend jung und froh zu sein. Es war ganz die tolle Ferienstimmung, wie sie eben in einer glücklichen Familie um die Sommerzeit herrscht.

Dort ein Trupp Indianer in Badehosen mit selbstgemachtem prächtigen Kopfpup, die sich von den echten Brüdern nur durch ihren blonden Haarlocken und die blauen Augen und wohl auch durch die Zutunlichkeit unterscheiden, mit der sie uns begrüßen. Das Geschrei und die Freude am Leben und auch der Schmutz war jedenfalls ganz echt.

So, für alte Spießbürger ist die Anstalt freilich nichts. Aber es ist eine Anstalt, bei deren Besuch jedem Kinderfreund das Herz ausgeht, bei der der wirkliche Pädagoge sagen wird: „So muß es sein in einem Kinderheim, und nicht anders.“

Im Schweinestall, im Kuhstall, in der Tenne, bei den Pferden, in der Küche — überall Jungvolk, das aus eigenem Willen mit angriff. Nirgends war der „Zutritt verboten“.

Der Inspektor des Heims und seine wadere Frau wurden überall mit jener natürlichen Ehrfurcht begrüßt, die gütigen und tüchtigen Menschen von selbst zufällt. Sie erzählten mir, daß sie bei ihrem Amtsantritt in Osdorf erst Bündel von spanischen Rohren entfernen mußten; heute gibt es auf Osdorf keine Prügelstrafe, aber gute willige Menschenkinder dafür.

Ein kleines Altersheim ist angebaut; es vertritt die Stelle des ehemaligen Armenhauses der Gemeinde. Ein Alter zeigt uns voll Stolz sein letztes Kunstwerk. Er ist ein Portelgenosse und hat Ebert gemalt — er ist zum Erkennen. — Nun bittet er um frische Farben und einen kleinen Arbeitstisch. Beides wird ihm freundlich zugesprochen.

Auch die anderen alten Leute suchen sich noch Arbeit in der Oekonomie. So haben sie nicht das Gefühl der Nutzlosigkeit und manchen kleinen Vorteil davon: für Dauerleistungen Taschengeld und bessere Kost. Und die Kinder sind um sie herum. Für sie ist das Altersheim wertvoll; denn dort lernen sie ihre junge starke Kraft den Hilflösen anbieten und die Liebe, die sie selbst empfangen, weiterzugeben an solche, die es nötig haben.

Das Schönste ist — es scheint gar keine Lohnarbeiter zu geben auf Osdorf. Von der Inspektorsfamilie bis zur Küchenmagd ist alles innerlich mit dem Heim und seinem Gedeihen verbunden.

Und doch soll es hier einmal ganz anders ausgehen haben, soll auch hier der finstere Geist des Dummfertums arme verwahrloste Kinderherzen vergewaltigt haben. Aber der heutigen sozialistischen Stadterwaltung ist es gelungen, aus einem Waisenhaus der alten Zeit mit all seiner Bigotterie, all seiner Heimatlosigkeit und Lieblosigkeit eine sonnige Kinderheimat zu schaffen — eine vorbildliche Stätte der Erziehung zu praktischer Arbeit und gütigen Menschentum.

Was in Altona möglich ist, muß wo anders auch gehen. Stadtväter und Stadtmütter — vor!

Kunstpflege in der Provinz. Das bayerische Kultusministerium hat jüngst über einen sehr löblichen Plan Mitteilung gemacht. Es will einen Teil der Mittel des Staats zur Förderung von Kunstausstellungen verwenden, um alljährlich eine sorgfältig zusammengestellte Auswahl ausgezeichnete Bilder, gegebenenfalls auch Plakate, auf eine Wanderung durch die bayerischen Kunstvereine zu schicken. Dabei ist in erster Linie an die Neuerwerbungen, aber auch an älteren Besitz gedacht. Man will der Wanderausstellung ferner aus staatlichem Besitz eine Auswahl graphischer Blätter mitgeben. Das bedeutet eine Neuordnung, die den kleineren Städten sehr zu gute kommen wird. Es ist geplant, die zum Teil sehr wertvollen Bestände der Münchener Galerieedepots zu selbständigen kleineren Galerien für die Provinz zusammenzustellen.

Was da in Bayern durchgeführt wird, ist seit langem auch in der Absicht der preussischen Stadterwaltung. Auch hier sind mehrfach Wanderausstellungen aus Berliner Galeriebesitz zusammen-

gestellt worden, z. B. neuerdings von Handzeichnungen Menzels, und in Orte mit kleineren Museen gefandt worden. Die Depots der Museen älterer Kunst haben eine ganze Anzahl von recht beträchtlichen Bildern für kleinere Sammlungen in den Provinzhauptstädten usw. abgegeben, ohne damit dort immer rechte Gegenliebe zu finden. In unserer Zeit, wo sich auch auf dem Gebiete des Sammlungswezens die Aufgaben sehr spezialisiert haben, sehen sich die kleineren Museen eben eigene Programme, die durch Leihgaben aus Berlin nicht zu erfüllen sind. Trotzdem können solche Wanderausstellungen, wenn sie nicht nur in die größeren Städte gehen, einen sehr guten Zweck haben. Gerade im Hinblick auf solche Absichten hat ja erst neuerdings das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine beabsichtigte Versteigerung von Doppelten von Rembrandt-Radierungen aus Berliner Museumsbesitz im letzten Augenblick verhindert.

Ein jüdischer Alpenverein? Schwere Erschütterungen hätten beinahe die Hauptversammlung des Alpenvereins, der in Augsburg tagt, heimgeführt. In Wien hat sich, vermutlich infolge der antisemitischen hege in Alpenvereinsgruppen, eine Sektion „Donauland“, die fast ausschließlich aus Juden besteht, gebildet und ist trotz des Einspruchs von 30 österreichischen Sektionen vom Hauptausfluß aufgenommen worden. Darauf lebhaftes Sturmrennen in dem angeblich unpolitischen Alpenverein. Schließlich siegte die Neutralitätsklärung und die Juden blieben. Andererseits hätten sie austreten und einen jüdischen Alpenverein gründen müssen. In diesem Falle wäre billigerweise Vater Noah zum Schuppeligen erforen worden, denn er ist wohl mit seiner Schiffsbesteigung des Ararat der älteste Alpinist gewesen. Schließlich hätten die fortgesetzte Konfessionalisierung des Alpenvereins auch die Berge konfessionell aufgeteilt werden müssen und Jodler hätten sich gegen Jübler aufgepießt. Man sieht: schwere Konflikte sind vorläufig vermieden worden.

Die Arbeiter haben sich von dem bürgerlichen Alpenverein längst emanzipiert und ihre eigene Touristenorganisation geschaffen, wo man sich natürlich mit solchem Trödel nicht abgibt. Die Berge haben ihre eigene Konfession.

Ein Eheverbot für Kranke. Der Landesamtsrat von Wien beschäftigt sich, wie die „Deutsche Strofrechtszeitung“ berichtet, mit einem Gesetzentwurf, der die Gefahr einschränken soll, daß die an besonders vererbaren Krankheiten leidenden Personen Ehen eingehen. Personen, die mit Geschlechtskrankheiten behaftet sind, soll die Ehe zeitlich oder auch dauernd verboten werden. Es soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, nach welchem jede Person, die heiraten will, ein ärztliches Gutachten einholen muß. Der Ehekonsens soll der Vorläufer eines Gesetzes über die Zwangsbehandlung der Geschlechtskrankheiten sein. Ein absolutes Eheverbot wird es für Geschlechtskranke nicht geben; sie werden nur angewiesen, sich erst heilen zu lassen und dann erst zu heiraten. Ferner soll Tuberkulose die Ehe verboten oder deren Abschluß wenigstens aufgeschoben werden. Schließlich soll unheilbaren Kranken, etwa solchen, die mit unheilbaren Besteskrankheiten oder mit nicht beherrschbaren physischen Gebrechen behaftet sind, die Eheschließung untersagt werden.

Der Berliner Volkshor veranstaltet für die Mitglieder des Chores und der Fichte-Georgia am Montag, den 22. d. M., abends 8 Uhr im Königshöllischen Gymnasium, Elisabethstr. 57, einen Einführungsbeitrag über Beethoven und seine Gattin, den Dr. Ernst Wolf halten wird.

Klassenkampf in Horthy-Ungarn

Von Alexander Szánó.

In Ungarn spielen sich gegenwärtig Vorgänge ab, die den inneren Zusammenbruch des Horthy-Regimes immer mehr zutage treten lassen. Kreise, die den weißen Terror begründeten und bis jetzt unterstützten, wenden sich plötzlich gegen die von ihnen ins Leben gerufenen Geister, Elemente, die zwei Jahre lang in harmonischer Eintracht die Säulen der Militärdiktatur bildeten, geraten sich gegenseitig in die Haare, die Regierungsparteien zerfallen in diametral entgegengesetzte Gruppen — mit einem Wort, es entsteht ein innenpolitisches Chaos, das durch die außenpolitischen Schwierigkeiten, welche die erfolglose Ratifizierung des Trianoner Vertrages mit sich bringt, noch vergrößert wird.

Die einzige Gesellschaftsklasse in Ungarn, die heute noch an der Aufrechterhaltung des bestehenden Regimes interessiert ist und deshalb den Träger des Horthy-Behandens darstellt, ist die Aristokratie mit ihren militärischen und bürokratischen Anhängern. Das unentgeltliche Streben dieser Kreise geht nach der Wiedereinführung der mittelalterlichen Feudalverfassung und wenn sie diesen Zustand schon aus wirtschaftlichem Gebiet nicht erreichen können, so tun sie wenigstens alles, um ihn politisch an den Haaren herbeizuziehen. Von irgendwelchen idealen Bestrebungen ist dabei natürlich keine Rede. Der ungarische Magnat wünscht ganz einfach eine Verewigung jener Zeiten, zu denen er, ohne seine gepflegten Hände durch Arbeit beschmutzen zu müssen, die Herrlichkeiten des Lebens genießen konnte, vom Bürgerpad als Halbgoth begaßt, mit seinen brillantbehangenen Mätressen in sechspänniger Karosse durch die Andraßystraße kutscherte, und nachts im Spielklub Millionen im Hazard umsetzte, in denen er auf seiner ländlichen Besitzung dem bäuerlichen Vammel, der nicht tief genug den Hut vor dem mächtigen Herrn zog, mit der Keilspitze übers Gesicht schlug. Die Wahrung seiner Privilegien, den unge störten Besitz seiner Latifundien, die Abwälzung der Steuern auf die übrigen Gesellschaftsklassen, kann dem Aristokraten aber nur die Militärdiktatur sichern. Darum ist sein materielles Interesse unlöslich mit dem Fortbestehen des weißen Terrors verknüpft, darum wehrt er sich mit Händen und Füßen gegen jedes Abbröckeln des Horthy-Systems.

In scharfem Gegensatz zu diesen Bestrebungen des Adels stehen aber heute schon die Interessen derjenigen Gesellschaftsklasse, die seinerzeit den weißen Terror ins Leben gerufen hat. Es sind dies die am Industrie und Handel sich gruppierenden Kreise, das Unternehmertum, das Finanzkapital, die Geschäftswelt. Diesen Elementen waren die Schergen Horthys nach dem Zusammenbruch der revolutionären Epoche ein willkommenes Mittel zur völligen Unterjochung der Arbeiterschaft und zur Aufrichtung der unbeschränkten Herrschaft des Kapitals. Doch nach geraumer Zeit mußten sie mit Schrecken gewahr werden, daß der weiße Terror sich als zweiseitige Waffe erwies, die nicht nur dem Proletariat fürchterliche Wunden beibrachte, sondern auch dem ganzen Wirtschaftsleben des Landes. Die berichtigten Detachements begnügten sich bald nicht mehr damit, Fogd auf Arbeiter und Juden zu machen, sondern begannen mit Exzessionen gegen die wohl-

habenden Bürger in den Provinzstädten vorzugehen, unternahmen organisierte Raubzüge, unterbanden willkürlich den Eisenbahnverkehr und die sonstigen Transportwege, nahmen auf eigene Faust Requisitionen vor und führten auf diese Weise einen Faktor der Unsicherheit in das wirtschaftliche Leben ein, der den inter-estierten Kreisen allmählich untröstlich werden mußte. Das kapitalistische Unternehmertum wünscht zwar ein versorgungs- und gelehrt-mäßig festgelegtes reaktionäres System, es wendet sich aber gegen die „individuellen Handlungen“, die eine Unsicherheit des Lebens und des Eigentums sowie eine Lähmung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit zur Folge haben. So erklärt es sich, daß typische Vertreter des Bürgertums, wie Friedrich, Beniczky, Rakovjzky, die allerdings außerdem noch von persönlichen Motiven geleitet werden, Sturm gegen die weißen Banden laufen. Die Zwistigkeiten in der Königsfrage und der Wunsch jedes einzelnen dieser Herren, im Trüben zu fischen, spielen hierbei zwar auch eine Rolle, der ursprüngliche Ausgangspunkt der neu entstandenen Opposition aber ist, wie gesagt, das materielle Interesse des wohlhabenderen Bürgertums.

Vielleicht die wichtigste Gesellschaftsklasse im heutigen Ungarn ist die der besitzlosen und besitzlosen Kleinbauern, die ihre — politische Vertretung in der Partei der Kleinen Landwirte erblickt. Auch diese Bevölkerungsschicht hat bisher, irreführend durch korrupte Führer, das System des weißen Terrors unterstützt, aber die endlose Verschleppung der von den Kleinbauern immer stürmischer geforderten Bodenreform, die Uebergriffe der Detachements gegen die schutzlosen Landwirte, die Wiedereinführung der feudalen Großgrundbesitzer in ihre alte Machtposition haben dem Bauerntum die Augen über das wahre Wesen des Horthyregimes geöffnet und heute gehört der ungarische Kleinbauer bereits zu den größten Feinden der Militärdiktatur. Wenn sich auch die in den Ministerjesseln lebenden Führer der Kleinen Landwirte schwer zu einem völligen Bruch mit der herrschenden aristokratischen Klasse entschließen können, werden sie doch unfehlbar durch den wachsenden Unwillen in den Reihen ihrer Anhänger über kurz oder lang dazu gezwungen werden. Seinem innersten Wesen nach neigt natürlich auch der ungarische Bauer etwas zur konservativen Weltanschauung, es ist indessen überaus bezeichnend, daß die Partei der Kleinen Landwirte in ihrer Gesamtheit mit der größten Entschiedenheit eine Rückkehr der Habsburger ablehnen. Das Bauerntum empfindet sozusagen instinktiv, daß eine habsburgische Restauration den Großteil für das Projekt der Bodenreform bedeuten würde und macht deshalb einen deutlichen Trennungsschritt gegenüber der legitimistischen gefährdeten Opposition des Großbürgertums.

In der Reihenfolge nach links folgen in unserer Aufstellung der politischen Faktoren Ungarns nunmehr die demokratischen Kreise, die sich in der Hauptsache aus der städtischen Intelligenz und dem Gros des Mittelstandes, soweit dieser nicht antisemitisch verkehrt ist, rekrutieren. Daß die Demokraten in schärfster Kampfstellung zum System des weißen Terrors stehen, ist selbstverständlich, im übrigen aber ist gerade diese Schicht nichts weniger als einheitlich. Neben den eine sehr schwankende Haltung einnehmenden Nationaldemokraten (Führer Wilhelm Wasszonyi), die sich sogar in korrektesten Schwärmerien gefallen, finden sich aufrechte sozialistische Elemente (Alexander Sieghwein), die der wahnsinnig tobenden Irredententum entgegenzutreten versuchen, Agrardemokratische Gruppen (Ruperi, Kerekes) und Republikaner (Georg Ragg). In der Ablehnung des Antisemitismus und in der Forderung nach Wiederherstellung der politischen Freiheiten sind sich natürlich alle diese Gruppen einig.

Daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft der Militärdiktatur Horthys Kampf bis aufs Messer geschworen hat, bedarf wohl keiner weiteren Ausführungen. Das herrschende Anreizungssystem, das eine freie Meinungsäußerung unmöglich macht, und jeden Aktionsversuch des Proletariats mit blutigsten Repressalien beantwortet, stellt dem Kampfeswillen der ungarischen Sozialdemokratie vorläufig fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Nichtsdestoweniger bleibt die Arbeiterschaft derjenige Faktor, der von der herrschenden Klasse Ungarns am meisten gefürchtet, deren geringste Regungen mit der ängstlichsten Aufmerksamkeit verfolgt werden und die trotz alledem in absehbarer Zeit wieder die Arena des politischen Lebens betreten wird.

Aus dem Gefagten ergibt sich, daß heute alle Klassen der ungarischen Gesellschaft mit Ausnahme der Aristokratie sich um ihrer materiellen Interessen wegen gegen das bestehende System wenden. Die soziale Basis des weißen Terrors, die seit den zwei Jahren seines Bestehens ständig enger wurde, bilden heute nur noch die Spitzen der Bajonette und der düstern Nachtwillen einer handvoll feudaler Centros. Auf Bajonettspitzen aber läßt sich schlecht sitzen und auch Herr Horthy wird diese alte Erfahrung am eigenen Leibe machen müssen. Es ergibt sich aber weiter aus der objektiven Betrachtung der gegenwärtigen Situation im ungarischen Klassenkampf, daß ein Sieg der bürgerlich-legitimistischen Opposition über die herrschaftlich-aristokratische Mächtigkeit zwar einen Wechsel der regierenden Schichten, nicht aber den endgültigen Sturz des reaktionären Systems bedeuten würde. Das ungarische Proletariat hat von einer Erhebung des illegalen Terrors durch ein in legale Formen gekleidetes Unterdrückungssystem, von einer unbegrenzten Herrschaft des Kapitals an Stelle des jetzt bestehenden unbeschränkten aristokratischen Faustrechtes nichts zu erwarten. Von diesem Standpunkte aus ist es ziemlich gleichgültig, ob Horthy oder Habsburg, ob Bethlen oder Friedrich regiert. Der über kurz oder lang bevorstehende Sturz des Horthyregimes kann deshalb nicht das Endziel, sondern nur die erste Etappe auf dem Wege des ungarischen Freiheitskampfes sein. Im Grunde dieses Weges zeichnet sich in heute schon deutlich erkennbaren Konturen die ungarische Volksrepublik ab, beruhend auf der Grundlage, die die Revolution vom Oktober 1918 geboten hat und die ihre Macht nicht auf die Gewalt der Waffen gründet, sondern auf das einträchtige Zusammenwirken von Arbeiterschaft, Bauerntum und demokratischem Bürgertum.

Groß-Berlin

Schwindelhafte Gewinne.

Zum Zusammenbruch der Wettkonzerne.

Der Zusammenbruch des Röhn-Konzerns wird, wie uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, zweifellos der Anfang vom Ende der seit einigen Monaten wie Plage aus der Erde geschossenen Sportbanken und ähnlicher Unternehmungen sein. Obwohl die ins Leben gerufenen Unternehmungen mit allen Mitteln bemüht sind, sich gegenseitig zu stützen — so wurden Röhn von einer anderen Sportsbank allein fünf Millionen Einzahlungskapital angeboten — dürften die Anstrengungen aller Wahrscheinlichkeit nach vergeblich sein. Seit einigen Tagen hat der zu erwartende Ansturm der um ihre Einlagen besorgten Kurden eingeseßt, die Einzahlungen stocken und so dürfte die Liquidation der lediglich auf die Wettlust der Massen eingestellten Unternehmungen in absehbarer Zeit auf der ganzen Linie erfolgen.

Ueber die Gründung des Röhn-Konzerns erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Röhn war vor nicht allzulanger Zeit Inhaber eines kleinen Friseurgeschäftes und unterhielt nebenbei eine private Wettannahmestelle. Er kam dann eines Tages auf den Gedanken, den Wettbetrieb großzügig zu organisieren und mit Hilfe einiger Bekannten baute er im November des vorigen Jahres ein Reg von Agenturen im ganzen Reich aus. Zuletzt waren in Deutschland 40 Generalvertreter, die ihrerseits Hunderte von Interventoren selbst in kleineren Städten unterhielten. Ueberwiegend wurde dabei man auch in Kreisen, die sonst mit dem Wettbewerb nur lose Fühlung haben, dem Unternehmen Vertrauen entgegen, denn viele der Interventoren sind durchaus adäquate Kaufleute, die fest an die Rentabilität und Rentabilität des von ihnen vertretenen Konzerns glauben. Im März d. J. ließ Röhn seine Gründung als „Sportbank Röh Röhn“ handelsgerichtlich eintragen. Uebrigens versprach Röhn seinen Kunden nicht, wie anfangs behauptet wurde, 100 Prozent, sondern stellte ihnen nur „einen

Gewinn von 50 Prozent

innerhalb zweier Monate“ in Aussicht, was man auch noch als einen schwindelnden Gewinn bezeichnen muß. Der Kundentkreis dieser Sportbank belief sich in der letzten Zeit auf rund 30000 Wettler. Von der Größe des Unternehmens zeugt der Umstand, daß Röhn nicht weniger als 34 Millionen Mark in den beiden letzten Monaten umgesetzt hat.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Mit ruhigen, sicheren Worten zeichnete Behrens das Leben Reisers nach, von dessen Jugend bis zu jenem tödlichen Tatverfuch, der ihn ins Gefängnis brachte. Einen Charakter hätte die Strafe geklärt, ihn wühlte sie im Innersten auf. Als einer, der sich gegen die Welt empörte, ging er aus dem Gefängnis. Daß er sich nur gegen seine eigene Schuld empörte, sah er nicht. Da er mit seiner Schuld nicht fertig wurde, wurde sie es um so leichter mit ihm. Sie wuchs in ihm und machte ihn blind. In dieser Blindheit ging er daran, sich zu rächen.

„Sein Unglück war es, daß er reich war, des weiteren, daß er Glück und geschäftliches Talent hatte und daß er Freunde fand, die ihn stützten. So gelang ihm ein Aufstieg, der Leute, die nicht imstande waren, in die Tiefe zu sehen, blendete. Aber sein Erfolg war zugleich sein Unglück, da er nicht auf ehrlicher und sicherer Basis geschaffen war, auf der Wahrheithaftigkeit, und von dem er eines Tages um so tiefer herabstürzen mußte, je höher er hinaufgekommen war. . . Dieser Tag ist da. Jeder Versuch, ihn noch weiter hinauszuführen, wird mißlingen.“

Behrens ging auf Einzelheiten über. Mit einem simplen Holzgeschäft hatte Reiser begonnen. Dann hatte er eine Automobilfabrik wieder lebensfähig gemacht, die, wenn er sie behalten hätte, seiner Zukunft eine dauernde und feste Grundlage gegeben hätte. Allein er hatte den Ehrgeiz, schöpferisch zu wirken, und um ihn zu betätigen und zu beweisen, ließ er sich in Dinge ein, denen er nicht gewachsen war.

„So gründete er mit Ihnen jene Gesellschaft zur Bewertung eines Patentes, das auf eine neue Art Glühkörper herzustellen wollte.“ sagte Behrens, „und wenn Sie nicht schon damals viel Geld verloren haben, so verdanken Sie das nur dem Umstand, daß Reiser Dumme fand, die ihm die Sache abnahmen, ehe es ruchbar wurde, daß sie ein Humbug war.“ Und so war es fortgegangen, alle die Jahre, bis heute. Es blieb erstaunlich, wie dumm und leichtgläubig die Welt war und wie gern sie jedem, der ihr Sand in die Augen streute, auf den Leim ging. Je mehr Reiser davon abkam, zu arbeiten, um so besser lernte er es, zu täuschen. Er fand bald die Geite, die der Menge imponiert und die sogar Erfahrene täuschen

kann. Er bot denen, die ihm nicht glaubten, frech die Stirn. Und er war beweglich. Tausenderlei Beziehungen knüpfte er an, die ihm alle einmal in irgend einer Stunde nützten, und auf den Erfolg für die Stunde kam es ihm schon längst nur noch an. Er spielte und wartete, wie alle Spieler, auf einen ganz großen Schlag, der alle kleinen Scharten auswehte. Aber auch kleine Scharten ergeben schließlich ein großes Loch, in dem man versinkt. Das Loch war da. Viel Geld hatte es schon verschlungen, sein eigenes, das seiner Frau, das viele anderer.

„Auch einen großen Teil des Ihren,“ sagte Behrens. Nun schickte es sich an, ihn selber zu verschlingen. Und da beschloß er mit dem Fatalismus des Bergweiselten einen letzten Coup zu versuchen.

„Welchen?“ fragte Frau von Marisch. „Er geriet in die Hände eines Wucherers, eines der größten Halunken der Stadt, mit dem er schon lange Verbindungen gepflogen hatte, — eines Menschen, der im Trüben fischte, eines Fuchses, der nichts riskiert und doch immer große Gewinne einftrachtet, der sich grundsätzlich an faule Sachen hält, da diese, rechtzeitig abgestoßen, das meiste Geld ergeben. . . Dieser rebete ihm zu, eine vertrackte Terrain-Gesellschaft zu übernehmen, die, mit einem Beitrag von anderthalb Millionen neu belebt, Riesengewinne versprechen soll. . . Und er hat gern angebissen.“

„Und wer, — wer gibt — das Geld?“ fragte stemios Frau von Marisch.

Behrens sah sie lächelnd an. „Sie,“ sagte er sanft.

„Ach —?“

Behrens nickte. „Er kann jede Stunde bei Ihnen erscheinen, um Sie für die Sache breitzutreten, — an die er glaubt.“

Sie hob angstvoll den Kopf. „Was tue ich nur?“ fragte sie ratlos.

„Wissen Sie das nicht?“

„Ich lehne ab,“ sagte sie heiser, „ich lehne ab. . .“

„Wird Ihnen das so leicht werden,“ fragte er wie beläufig, „bei den Beziehungen zu ihm, die —?“

Sie zerrte vor Zorn und Scham an ihrem seidenen Taschentuch, das sie hin und wieder an die Augen führte. Und plötzlich trat sie vor ihn hin, sich vor Erregung verschluckend. „Helfen Sie mir!“ schluchzte sie.

„Gern,“ sagte er sehr weich, „männ Sie versprechen, mir zu gehorchen, — mir unbedingt zu gehorchen!“

„Ja, ja. . .“

Er strich mit der Hand über seinen braunen Anzug hinunter. „Sie werden vor allem eins tun,“ sagte er bestimmt, „und zwar sofort, längstens bis heute Abend. . .“

„Was?“ kammerte sie sich an ihn.

„Sie werden verreisen. Weit fort und ohne jemandem außer mir das Ziel Ihrer Reise bekanntzugeben. . . Wohin? . . . Nun, sagen wir: in die Schweiz.“

Sie atmete auf. „Ja,“ fügte sie sich wie befreit.

„Sie werden mir gehorchen?“

„Unbedingt,“ versprach sie.

„Noch heute?“

„Noch heute!“

„Und wenn er Sie aufsucht, — vielleicht schon in den nächsten Stunden?“

Sie ballte die Fäuste. „Ich bin nicht zu sprechen,“ rief sie aus, blak und entschlossen. „— ich schwöre es Ihnen: nein!“

„Ich danke Ihnen,“ sagte er, ihre Hand drückend, „und ich verspreche Ihnen, daß alles, — alles. . . gut werden soll!“

Draußen zog er die Uhr.

Es war Mittag vorüber, aber er hatte keinen Hunger.

— nein, gar keinen Hunger!

Er rief ein Auto heran. „In den Grunewald,“ sagte er, „in die Villenkolonie!“

22. Kapitel.

Behrens fand das Gartentor unverschlossen und trat ein. Auch die Haustür war offen, und er gelangte unbehellig bis in das Vorhaus, in dem dicke Säulen seine Schritte dämpften. Er suchte unter den Türen. Aber als er eben den Drücker der einen fassen wollte, griff von hinten ein Mensch, der, von ihm unbemerkt, herbeigeeilt war, an seine Schulter.

Es war Protopy, der, obgleich gealtert, in seinem Wesen völlig der alte geblieben war: ein glattrasierter, stummer Mann, hinter dessen nichtsagenden Zügen sich viel Wissen verbarg, die Kreatur eines anderen.

„Was wollen Sie?“ fragte Protopy barsch. „Wer sind Sie?“

Behrens maß ihn mit unverhohlener Verachtung. „Wer sind Sie?“ gab er zurück, und in seiner Stimme war ein Zorn, der glühte.

„Ich bin der Diener dieses Hauses,“ antwortete Protopy kurz.

(Fortf. folgt.)

Wie leichtsinnig Köhn trotz der geradezu abenteuerlichen Umfänge des von ihm geleiteten Konzerns gewesen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß er in die Sportbank weder juristisch noch kaufmännisch vorgebildete Berater hinein nahm, während er selbst als alleiniger Inhaber nicht die geringsten kaufmännischen Kenntnisse besaß. Das wurde auch sein Verhängnis. Köhn war nicht genug zu glauben, daß er mit der Verflechtung der 16-prozentigen Totofeuern, die der Staat bei der Errechnung der Gewinnquoten im Wettbetriebe gleich einbehielt, seinen steuerlichen Verpflichtungen restlos nachgekommen sei und daß er von seinen märchenhaften Gewinnen weder Kapitalertragsteuer, noch sonstige Lasten zu tragen habe.

Es wird übrigens behauptet, daß rechtlich weder Köhn noch anderen Inhabern der Sportbanken etwas anzuhängen sein dürfte. Die Staatsanwaltschaft, der sich Köhn gestern selbst gestellt hat, könne zunächst nicht eingreifen, wenn nicht aus dem Kundentafel des Unternehmens heraus der Antrag auf Strafverfolgung gestellt und wenn nicht von den sich geschädigten fühlenden Personen mindestens der Versuch eines Betrages nachgewiesen werde.

Die Feststellung der Höhe der Passiva wird sich voraussichtlich bis in den September hinein hinziehen, da drei vereidigte Bücherrevisoren die Geschäftsbücher und Belege der 40 Generaldirektoren nachprüfen haben und da die Revisoren erst am Mittwoch aufgeföhrt worden sind, die Bücher und Kassenbestände dem Konkursverwalter einzureichen.

Für Gemeindegewähler und solche, die es werden wollen.

Die Wahlordnung für die in der Stadtgemeinde Berlin am 16. Oktober zu vollziehenden Neuwahlen der Stadtverordneten und der Bezirksverordneten ist jetzt vom Minister des Innern festgesetzt und durch das Ministerialblatt (vom 13. August) veröffentlicht worden.

Wahlberechtigt sind alle am Wahltag über 20 Jahre alten, reichsdeutschen Männer und Frauen, die an diesem Tage seit mindestens einem Jahre im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin ihren Wohnsitz haben (soweit nicht aus besonderen Gründen die Ausübung des Wahlrechts für sie ruht, sie von ihr ausgeschlossen oder an ihr behindert sind). Rentnempfangende Kriegsbeschädigte, heimgekehrte Kriegs- oder Zivilgefangene und Flüchtlinge aus besetzten oder verlorenen Gebieten haben (soweit sie reichsdeutsch und am Wahltag über 20 Jahre alt sind) für diese Wahlen das Wahlrecht auch dann, wenn sie am Wahltag noch kein volles Jahr im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin anständig sind.

Wahlen kann nur, wer in eine Wählerliste (oder Wahlkarte) eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Die Aufstellung der Wählerliste ist bereits im Gange.

Zur Ermittlung der Ansfähigkeitsdauer, von der die Wahlberechtigung abhängt, hat der Magistrat vielen Einwohnern der neuen Stadtgemeinde die Aufforderung übersandt, die seit mindestens 16. Oktober 1920 bestehende Ansfähigkeit nachzuweisen. Bei Nichterbringung des Nachweises unterbleibt die Aufnahme in die Wählerliste, doch kann dann noch zur Zeit der öffentlichen Auslegung der fertiggestellten Wählerlisten die Aufnahme beantragt werden. Alle, die jetzt eine solche Aufforderung erhalten haben oder sie etwa noch erhalten, mahnen wir dringend, den Nachweis schon jetzt und unverzüglich zu führen. Es darf nicht durch Säumnigkeit und Nachlässigkeit verschuldet werden, daß irgendeine der Wählerstimmen, die der Sozialdemokratie zugeschiedt sind, ihr Verlorengang. Zu beachten ist, daß gefordert wird, eine mindestens einjährige Ansfähigkeit nicht in einer einzelnen der früheren Gemeinden Berlins und Vororte, sondern überhaupt innerhalb des Gebiets des jetzigen größeren Berlin. Die Wahlberechtigung geht also nicht dadurch verloren, daß einer noch im letzten Jahre z. B. von Spandau nach Adlershof oder von Zehlendorf nach Pantow verzogen ist.

Wahlscheine werden später erteilt an Wähler, die bereits in die Wählerliste eingetragen wurden, oder nach der Auslegung und Einspruchsfrist in einen anderen Wahlbezirk verlegten und infolge körperlichen Leidens in ihrer Bewegungsfreiheit behindert sind, ferner an Wähler, die wegen Ruhens des Wahlrechts oder wegen Behinderung in der Ausübung nicht in die Wählerliste eingetragen waren, für die aber nach der Auslegungs- und Einspruchsfrist diese Umstände wegfallen, weiter an rentnempfangende Kriegsbeschädigte, heimgekehrte Kriegs- oder Zivilgefangene und Flüchtlinge aus besetzten oder verlorenen Gebieten, die erst nach der Auslegungs- und Einspruchsfrist ihren Wohnsitz im Gemeindegebiet nehmen. Jeder die unter Vorlegung von Ausweisungspapieren zu stellenden Anträge auf Erteilung von Wahlscheinen entscheidet das zuständige Bezirksamt. Später als am zweiten Tage vor der Wahl können Wahlscheine nicht mehr erteilt werden.

Zur Regelung der Polizeistunde.

So unterrichtet Seite erfahren die P.M., daß die Besprechungen zwischen den Vertretern des Reichs und Preußens zu dem Ergebnis geführt haben, daß das Reichsministerium des Innern, dem auf Grund des bekannten Kabinettsbeschlusses die Durchführung der notwendig werdenden Bestimmungen obliegt, eine Verordnung ungefähr folgenden Inhalts herausgeben wird: „Es soll der § 3 der alten Bekanntmachung sofort aufgehoben und den Ländern zwecks einheitlicher Regelung der Polizeistunde anheimgegeben werden, Kraft der ihnen zustehenden Polizeihochheit die Polizeistunde für Cafés, Gasts, Speise- und Schankwirtschaften regelmäßig auf 12 Uhr, einmal in der Woche auf 1 Uhr festzusetzen. Für gewisse Bezirke, z. B. Grobshäde und Bäder, wo ein Bedürfnis nachweisbar ist, können die ortspolizeilichen Behörden eine Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr auch an den übrigen Tagen in Aussicht nehmen.“ Diese Verordnung wird von Preußen unverändert übernommen und durchgeführt werden. Im übrigen muß das preußische Ministerium des Innern nunmehr die tatsächliche Aufhebung des § 3 durch das Reichsministerium des Innern abwarten, ehe es die angeordneten Ausführungsbestimmungen erlassen kann.

Wie Waldbrände entstehen.

Aus allen Gegenden Deutschlands laufen während der gegenwärtigen allgemeinen Dürre Nachrichten über Waldbrände ein, durch welche Schäden, die in die Millionen gehen, angerichtet worden sind. In den meisten dieser Fälle wird die Schuld an den Bränden Wäldern und Ausflüglern zugeschrieben, die angelockt im Walde geraucht und dadurch den Brand verursacht haben sollen. Daß diese Abwälzung der Schuld auf Ortsfremde jedoch vielfach völlig ungerecht ist, zeigte mehrere Fälle, die vor dem Jugendgericht des Landgerichts III verhandelt wurden.

In dem ersten Falle war ein 15jähriger Rutscher, welcher auf einem Gut in der Nähe von Rauen beschäftigt ist, wegen vorsätzlicher Brandstiftung angeklagt. Der junge Mensch hatte eines Tages mit mehreren Schuljungen einen Spaziergang über die Wiesen gemacht und sich dabei, um seinen jungen Begleitern zu imponieren, eine Zigarette angezündet. Das achlos weggeworfene Streichholz legte die infolge der anbauernenden Sonnenhitze ausgeblühte Wiese in Brand und als die Begleiter des Angeklagten das Feuer austreten wollten, verbot ihnen der Angeklagte dies mit den Worten: „Da hies doch ein bißchen brennen!“ Durch den Wind angefacht, verbreitete sich das Feuer mit unheimlicher Schnelle und im Nu standen fünf Morgen mit der wertvollen Heuente in Brand. Das Feuer sprang schließlich auf den angrenzenden Wald über und nur durch die verzweifelt angestrengten des Försters Pieper gelang es, den Waldbrand rechtzeitig einzudämmen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen unüberlegten Dummheitsstreich handelte, 1 Woche Gefängnis. Das Gericht nahm jedoch nur fahrlässige Brandstiftung an und erkannte auf einen Verweis.

In einer zweiten, ganz gleich liegenden Sache hatte sich ein 15jähriger Vandalenbettel wegen vorsätzlicher Brandstiftung vor dem Strafgericht zu verantworten. Der jugendliche Brandstifter hatte in einem Anfall von Pyromanie einen großen Haufen Heu angezündet. Die Folge war, daß ein größeres Wiesenareal in Flammen aufging und wertvolles Viehfutter vernichtet wurde. In diesem Falle sah das Gericht eine vorsätzliche Brandstiftung als erwiesen an, ließ jedoch auch hier Milde walten, da es sich um einen Dummheitsstreich handelte und erkannte auf 3 Tage Gefängnis. Dem jugendlichen Brandstifter wurde jedoch eine 3 währungsfrist von 3 Jahren gewährt. In beiden Fällen versprachen die Angeklagten dem Gericht, „es nie wieder tun zu wollen“.

In der „Weberbude“.

In der Weberstraße 22, im Nordosten der Stadt, befindet sich ein Logierhaus, das in den Kreisen seiner Stammgäste und ihres Anhanges den Spitznamen „die Weberbude“ führt, und die sie als eine Art Filiale des städtischen Wigs in der Fröbelstraße betrachten, obgleich sie damit nichts zu tun hat und ein ganz privates Unternehmen ist. Dieses Logierhaus gewährt schon für geringes Entgelt ein Nachquartier, und mit einem Ausweis wird es wohl nicht sehr genau genommen, und es mag sein, daß mancher der Gäste seinen Namen in einer öffentlichen Fremdenliste nicht gern sehen möchte.

In der letzten Zeit beklagten sich mehrere, daß sie während der Nacht von Mitgästen bestohlen worden waren. Diese Anzeigen veranlaßten die Kriminalpolizei, in der „Weberbude“ einmal gründlich umschau zu halten. Gestern früh machte eine Streife einen überraschenden Besuch und traf nicht weniger als 123 Nachtgäste an, lauter Männer, die so dicht zusammengedrängt schliefen, daß Diebereien nicht allzu schwierig waren. Alle wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der Erkennungsdienst stellte fest, daß 25 von ihnen von vielen Strafverurteilten bereits gesucht wurden. Die anderen wurden nach Feststellung ihrer Persönlichkeit wieder entlassen.

Unter falschem Verdacht.

Gestern wurde gemeldet, daß der Sohn der Frau Emilie Jzweck unter dem Verdacht des Mittermordes verhaftet sei. Die Obduktion der Leiche und auch die Feststellungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß der Verdacht unbegründet ist. Die Verhaftung wurde daher aufgehoben.

Verzinsung der Einkommensteuerschuld.

Die neue Reichsteuergesetzgebung hat für rückständige Steuerschulden die Verzinsung eingeführt. Bei der Reichseinkommensteuer muß unterschieden werden:

1. Die vorläufige Steuerschuld (fällig für 1921 in Vierteljahrsteilen am 15. Juli, 15. August, 15. November 1921, 15. Februar 1922) — sie ist bei Nichtzahlung von den bezichtigten Fälligkeitsterminen ab mit 5 Proz. jährlich zu verzinsen; doch werden nach § 92 der Ausführungsbestimmungen Zinsbeiträge unter 10 M. nicht eingefordert.

2. Die endgültige Steuerschuld 1920, die durch die jetzt im Gange befindliche Veranlagung festgestellt wird. Der Betrag, um den sie höher ist als die für 1920 entrichteten vorläufigen Zahlungen (Barzahlungen und Lohnabzug), ist nach § 42 des Reichseinkommensteuergesetzes vom 1. April 1921 ab bis zum Zahlungstages mit 5 Proz. zu verzinsen; die 10-M.-Grenze gilt auch hier. Mit Rücksicht auf die Verzinsungspflicht sind Vorauszahlungen an die heute noch nicht feststehenden Betrag der endgültigen Steuerschuld 1920 geeignet, auch den Interessen der Steuerpflichtigen zu dienen, da mit dem Zahlungstages die Verzinsung des gezahlten Betrages aufhört. Die Steuerbehörden habenweisung, alle angebotenen Vorauszahlungen anzunehmen.

Wenn in einer kürzlich ergangenen Ausfaffung des Landesfinanzamts vom Beginn der Verzinsungspflicht mit Schluß des Rechnungsjahres gesprochen ist, so bezieht sich das nur auf den Mehrbetrag der endgültigen Steuerschuld gegenüber den vorläufigen Zahlungen, was hiermit festgestellt wird. Die Verzinsung der vorläufigen Steuerschuld beginnt bereits mit den vierteljährlichen Fälligkeitsterminen.

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin teilt folgendes mit: Von jetzt ab können die für minderjährige Kinder beim Steuerabzug vorgesehenen Ermäßigungen auf Antrag auch für sonstige mittellose Angehörige, die vom Steuerpflichtigen unterhalten werden, gewährt werden. Jeder den Antrag entscheidet das Finanzamt des Arbeitnehmers, das diesem im Bewilligungsfalle eine Bescheinigung über die zulässige weitere Ermäßigung ausstellt. Nur auf diese hin darf der Arbeitgeber den weiteren Betrag von je 6 M. täglich, bzw. 36 M. wöchentlich, bzw. 150 M. monatlich abzugreifen lassen. (Der Steuerabzug ermäßigt sich also um 0,60 M., bzw. 3,60 M., bzw. 15 M.)

Großfeuer kam am Mittwoch mittags in Roobit gegenüber dem Keimel Biergarten, Alt-Roabit 104 aus unbekannter Ursache zum Ausbruch. Als die 4. Kompanie mit mehreren Löschjagen an der Brandstelle anlang, standen der Dachstuhl des Obergebäudes mit dem anliegenden Dachstuhl des Seitensüßwegs, die bewohnt sind, in hellen Flammen. Diese hatten besonders an dem Anhalt der Bodenlamern so reiche Nahrung gefunden, daß Brandmeister Lindner sofort mit fünf Schlauchleitungen Wasser geben ließ. Ueber mechanische Leitern und die total verqualmten Treppen wurde vorgegangen. Es gelang am Nachmittag, den Brand auf die beiden Dachstühle zu beschränken.

Blutiger Ausgang eines Missetates. Gestern abend gerieten in dem Schanklokal von H. Müller, Schornsteinfegergasse 8, fünf Bewohner des Hauses Fischerstraße 15, der 24jährige Sattler Rudolf Weide, der 34jährige Artillier Hans Ehrenberg, der 38 Jahre alte Kutcher Wilhelm Werner, der 35 Jahre alte Hausverwalter Fette und der 43jährige Händler Wilhelm Leidig, wegen der Streitigkeiten und anderer Hausangelegenheiten in einen heftigen Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Im Verlauf der selben stach man mit Messern aufeinander ein, wobei Weide durch einen Stich in die Brust, Werner und Ehrenberg durch Messerstiche in den Kopf erheblich verletzt wurden. Während man die drei Verletzten nach der Rettungstelle in der Kommandantenstraße schaffte, wurden Fette und Leidig, die mit Messern gestochen haben sollen, zur Wache geführt.

Schwerer Straßenunfall. Gestern nachmittags wurde der fünfjährige Sohn des Formers Paul Fischer aus der Frankfurter Allee in der Berliner Straße in Friedrichsfelde durch den Autorabfahrer Kutcher überfahren. Man schaffte das verletzte Kind nach der elterlichen Wohnung, wo ein Arzt Verletzungen am Kopfe und am rechten Arme feststellte.

Zum Schulinderstreik in Spandau. Heute früh gegen 8 Uhr verammelten sich am Bismarckplatz in Spandau etwa 400 Schulkinder, die ihren Schulen ferngeblieben waren, um erneut für die Einrichtung religionsloser Schule zu demonstrieren. Sie bildeten unter Leitung von Erwachsenen einen Zug und marschierten unter Weisung nach Nischelsberge. An der Nischelsdorfer Straße kamen weitere 150 Kinder dazu, die nun gemeinschaftlich nach der Nischelsdorfer Spielwiese zogen, wo Spiele veranstaltet wurden.

Zentralverband der Fleischer. Freitag, abends 7 Uhr, Versammlung aller Gesellen in den Groß-Berliner Wurfbäulen in Heinrichs Fehlfeld, Große Frankfurter Str. 26.

Zentralverband der Metzger. Glas- und Keramik-Großhandel. Mitgliederversammlung heute 7½ Uhr in der Neuen Philharmonie, Spandauer Straße 10/11. — Rohlen-Großhandel. Mitgliederversammlung Freitag 7½ Uhr in den Musterzügen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Textil-Großhandel und -Inbustrie. Mitgliederversammlung Freitag 7½ Uhr im Dessauer Kasino, Dessauer Straße 46.

Transportarbeiterverband. Generalversammlung der Bezirksverwaltung heute 7 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses. Ohne Aufh und Rorte kein Zutritt.

Transportarbeiterverband. Sanitätshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Engpassbetrieben der Herren-, Anaben- und Pflanzengärtnerei, Gummimantel, Kautschukwaren sowie Berufsbekleidung Freitag 5 Uhr im Lokal von Karl Wille, Poststr. 29, Gruppenversammlung. — Arbeiter der Metallindustrie. Versammlung Freitag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Stellungnahme zu den gegenwärtigen Subventionsverhandlungen. Wie erlangen die Betriebsräte und -obleute der Metallindustrie, alle Arbeiter auf diese Verhandlung aufmerksam zu machen.

Werktätigerverband. Betriebsobleute, Betriebsvertrauensleute und Funktionäre der Fachgruppe Metallindustrie, Abänderung des Tarifvertrages. Versammlung am Donnerstag, den 18. August 1921, abends 7 Uhr, Restaurant Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25. Vorlegung der Legitimation.

Güterarbeiterverband. Versammlung aller in Damsenrothbus- und Umvertriebenden Beschäftigten am Freitag 5 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelauer.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 18. August:

- 6. Kreis. Pölsches Tor. Arbeitergemeinschaft der Elternbeiräte 7½ Uhr Sitzung bei Heinz, Diefenbachstr. 57. Interessenten willkommen.
- 12. Kreis. Tempelhof. 7 Uhr Kreisvorsitzung in Marienb., Rathaus, Zimmer 26. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt erforderlich.
- Jugendliche. Gruppe Rosenthal. 7½ Uhr im Jugendheim, Rosastr. 53. Mitgliederversammlung und Ausprache über Diebstahl. Erschienen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. — Gruppe Wilm. 7½ Uhr im Jugendheim, Rosastr. 53. Mitgliederversammlung und Ausprache über Diebstahl. Erschienen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. — Gruppe Spandau. 7½ Uhr im Jugendheim (Altes Schulhaus), Rauenb. Str. 2. Vortrag über „Zusammenhang“. — Gruppe Friedrichshagen. 7½ Uhr bei Schulstr. 81, Thema: „Reizende Dichtungen“. Ref. Felle. — Gruppe Köpenick. 7½ Uhr bei Köpenicker, Stargarder Str. 18. Vortrag: „Meine Eindrücke in Diebstahl“. Ref. Otto Komm. — Gruppe Friedrichshagen. 7½ Uhr in der Gemeindefalle, Strohmansstr. 6. Vortrag: „Grundgedanken der Sozialisierung“. — Gruppe Tempelhof. 7½ Uhr bei Radjumeit, Victoria, Ecke Werderstraße, Vortragsabend.

Morgen, Freitag, den 19. August:

- 1. Kreis. Berlin-Mitte. Elternbeiräte und -Beiräte 7 Uhr Versammlung im „Völgelheim“, Alte Schulhausstr. 22/24. Tagesordnung: Vortrag und Diskussion. Das Erscheinen sämtlicher Elternbeiräte und deren Stellvertreter ist unbedingt erforderlich.
- 14. Kreis. Rosenthal. Elternbeiräte 7 Uhr Vollversammlung aller schulpflichtigen und kommunikativen Elternbeiräte von Rosenthal, Witz und Ruhow, betreffend Propagandawoche für die weltliche Schule im Geseftsaal der Rosenthal, Döbberstraße.
- 22. Abt. Stieglitz. Elternbeiräte 7½ Uhr Doffentliche Versammlung in der Aula der Realschule am Stubenrauchplatz. Thema: „Die Verantwortlichkeiten der Gemeindefchulen durch die höheren Schulen“. Ref. S. A. Jermas. Erscheinen Pflicht.

Männlicher Friedrichshagen. Der für Sonntag, den 21. August, geplante Familienausflug nach Strausberg findet wegen der Gewerkegerichtsahlen nicht statt.

Die vereinigten Elternbeiräte der weltlichen Schule Rosenthal beabsichtigen eine großartige Propaganda für die weltliche Schule und für die Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht zu arrangieren. Dieser ist die Zahl der Eltern, die noch immer in dieser großen Zukunftsaufgabe gleichgültig beiseite stehen, riesengroß. Nur ca. 6000 Kinder sind in den weltlichen Schulen Rosenthal vereint, eine Schwarm für die aufgeregten Arbeiterklasse, für die freibewegende Bevölkerung Rosenthal. Die verlorene Zahl dürfte noch zu gering sein, wenn alle Eltern ihre Gemeindefpflicht in dieser Beziehung erfüllen würden. Hierzu aufrufen soll eine Propagandawoche, abschließend mit einer machtvollen Rundgebung aller, die Interesse an der weltlichen Schule haben, am Sonntag, den 4. September. Organisations-, Brief- und Gesangvereine ufm., die bereit sind, mitzuwirken, werden um Angaben gebeten an Elternbeirat Ostsee Hütel, Rosenthal, Allee 24.

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: Gr. 65, Hindenbr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Wpl. 121 09-10.

Heute, Donnerstag, den 18. August:

Wächung Kafferei! Ausgabe der Ausgabe „Arbeiter-Jugend“. — Karlsruh. Schule August-Bittoria-Straße. Vortrag: „Die deutsche Arbeiterjugend“. — Riechschänke. Berliner Straße. Schule. Vortrag: „Wies oder Blass von Nazareth“. — Korden. Paulstr. 6. Vortrag: „Rausch der freien Rede“. — Sieden. Schule Stadtschreiberstraße. Vortrag: „Was ist Bildung“.

Arbeitersport.

Des Kreises I des Arbeiter-Werksportverbandes hielt am 14. August unter Beteiligung von 12 Kreisvereinen ein gut gelungenes Werksportfest im Rautenbogen ab. Ein Festzug von Bahnhof zur Hohenstraße leitete das Fest ein und konnte den Schwimmbadern trotz der Regenauer keinen Abbruch tun. Der Eröffnungsakt der Hallenbäder Schwimmbadern wie auch die anderen Vorführungen erzielten reichen Beifall. Nachhelen die Resultate: Jugendbrühlwette. 0/0 Meter: 1. Fr. Schw. Charlottenburg 3 Min. 21. 2. Gef. 2. Rept. Weihenfeld 3 Min. 24. 3. Wäldchenbrühlwette. 50 Meter: 1. E. Ritt. Fr. Schw. Rosenthal, 56.1. 2. Männerlagenschwette. 4x50 Meter: 1. Kurantbrühlwette. 0/0 Meter: 1. Fr. Schw. Charlottenburg 3 Min. 40. 2. Männerlagenschwette. 100 Meter: 1. Werner, Rosenthal Berlin, 1 Min. 29. 2. Jahr, Formidris Berlin, 1 Min. 32. 3. Rannenberg, Follenhagen, 1 Min. 48. 4. Männerlagenschwette: 1. Min. 19. 2. Rannenberg, Follenhagen, 17 Punkte. 2. Jumber, Fr. Schw. Follenhagen, 20 Punkte. — Hausbrühlwette. 500 Meter: 1. Quilcher, Rept. Weihenfeld, 9 Min. 2.1. 2. Werner, Formidris Berlin, 9 Min. 3.1. 3. Anabenschwimmen, 50 Meter: 1. Thormann, Fr. Schw. Rosenthal, 51.4. 2. Fuhrmann, Fr. Schw. Rosenthal, 52.1. 3. Lieb, Welle Strausberg, 54.2. 4. Domschlagenschwimmen, 100 Meter: 1. Fr. Rannenberg, Follenhagen, 3 Min. 4. 2. Fr. Felle, Fr. Schw. Rosenthal, 3 Min. 18. 3. Männerlagenschwette, 50 Meter del.: 1. Ulrich, Rosenthal, 46. 2. außer Konkurrenz: Weiltomer, Rosenthal, 54.2. 3. Jahr, Formidris, 54.4. 4. Lokales Domschlagenschwimmen, 100 Meter: 1. Fr. Grife, Fr. Schw. Charlottenburg, 2 Min. 2. 2. Fr. Lutter, Fr. Schw. Rosenthal, 2 Min. 4. 3. Fr. Grife, Fr. Schw. Charlottenburg, 3 Min. 6. 4. Männerlagenschwette, 4x50 Meter: 1. Fr. Schw. Follenhagen 3 Min. 15. 2. Fr. Schw. Rosenthal 5 Min. 11. 3. Männerlagenschwimmen, 50 Meter, Bucht: 1. E. Rannenberg, Fr. Schw. Follenhagen, 47.4. 2. E. Döhne, Fr. Schw. Follenhagen, 50. 3. D. Arst, Fr. Schw. Rosenthal, 51.3.

Die Abt. Osten II des Berliner Arbeiter-Sportklubs spielt jetzt Westküstrasse 23 bei Dietrich, Freitag 7 Uhr. Gäste, besonders Jugendliche, willkommen.

Filmschau.

Der König der Manege wurde im Waldpark am Zoo in einer „Preßvorführung“ am Dienstag gezeigt. Die Entzonen dieses technisch vorzüglichsten Films sind erträglich. Man weiß nicht, ob man sich über die Schönheit des Körpers, die einzelne Reaktionen erheben, freuen oder ob man bedauern soll, daß die ersehnte Reiterkunst auf diesem Gebiete lediglich zur Verbilligung der Schauspiel dient. — Der Abdruck des Publikums zu dieser „Preßvorführung“ war so unerwartet, daß es zu Ausbreitungen kam. Sollte die Direktion damit gerechnet haben, daß jeder Platz von zwei Personen besetzt wird?

Aus aller Welt.

Thunfische in nördlichen Gewässern. Als seltene Gäste in nördlichen Gewässern trat dieser Tage ein Oestekänder Fischdampfer in der Nähe der Shetlandinseln eine mächtige Herde Thunfische an. Diese dicken, etwa 3 Zentner schweren Fische sind normalerweise nur im Mitteländischen Meere bekannt. Die Besatzung des Fischdampfers machte mit Harpunen auf die Thunfische Jagd. Da die Tiere zu Hunderten und im dichtesten Gedränge das Schiff unablässig umschwärmten, war es nicht schwer, sie zu harpunieren. Im ganzen erlangte der Fischdampfer 18 Thunfische, für die ein Erlös von nahezu 8000 M. erzielt wurde.

Der Dampfer Sagon, bei dem in drei Kohlenabräumen Feuer ausgebrochen war, ist in Sierra Leone eingetroffen.

Denkmäler in Lille. Im Saint-Maurice-Viertel wurde eine Straße feierlich auf den Namen Eugen-Jaquet-Straße getauft. In der Jardins-Caulier-Straße wurde an dem Wohnhause Jaquets eine Tafel mit folgender Inschrift angebracht: „Dieses Haus wurde bewohnt von dem heldenhaften Eugen Jaquet, der am 22. September 1915 von den Deutschen in Lille erschossen wurde.“ Der „Temps“ macht darauf aufmerksam, daß am gleichen Tage noch drei andere Franzosen, Decenind, Marins und Verbut, von den Deutschen erschossen worden seien, und erwähnt gleichzeitig eine Feiter, bei der ein Denmal zu Ehren der Gefallenen auf dem Donon enthüllt wurde. „Die zahlreichen Zuschauer eilten dann“, so schreibt er, „zu einem Felsen, in den Wilhelm II. auf einer Besichtigungstour die deutschen Worte einmeißeln ließ: „Der Donon wird niemals französisch werden!“

Wetterbericht bis Freitag mittag: Größtenteils trocken und viel-sach heiter. In den Tagesstunden mäßig warm, bei meist schwachen östlichen Winden.

Zum Streik der Berliner Holzarbeiter.

Der Führer der reaktionären Unternehmer, Herr Baeth, hat an die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie einen Aufruf erlassen, in dem er vor der Anerkennung des abgeschlossenen Reichsmanteltarifs warnt. Trotz der Drohung, daß bei Zuwiderhandlung gegen das Verbot des Allgemeinen Tarifvertrages zu unterzeichnen oder zu bewilligen, unmissverständlich vorgegangen werde, hat eine Reihe größerer Betriebe den Reichsmanteltarif unter schriftlich anerkannt.

Am 8. und 10. August wurde verhandelt, allein die Unternehmer lehnten unter Führung von Baeth die Anerkennung des Reichsmanteltarifes ab. Die Herren waren jedoch so anädia, den Lohn der Facharbeiter ab 8. August um 6 M. auf 6,75 M. zu erhöhen, nachdem der Berliner Schlichtungsausschuß bereits am 7. Februar den einstimmigen Schiedspruch abgeben hat, daß der Lohn ab 1. Februar 1921 um 12 1/2 Proz. erhöht werden und 6,75 M. betragen soll.

Die Holzarbeiter beschloßen noch allem mit überwältigender Mehrheit am 12. August in den Streik einzutreten. Damit hat der von den Berliner Unternehmern seit Monaten propagierte Kampf begonnen, der für die Gesamtheit der organisierten Holzarbeiter von größter Bedeutung ist.

In der bürgerlichen Presse „berichtigen“ „Mischer-Annung“ und die „Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie“, daß nicht nur etwa 8000 Arbeiter streikten; es seien 90 Prozent. Die übrigen Betriebe würden am Freitag stillgelegt. Die Arbeiter forderten nicht mehr den Reichsmanteltarif, sondern nur noch die Lohnzulage. Diese hätten die Unternehmer zum größten Teil bewilligt und sie seien bereit, über die weiteren Zulagen und die Festsetzung der neuen Durchschnitts- und Mindestlöhne zu verhandeln.

Die Arbeitnehmervertreter hätten aber das „Angebot“ der Unternehmer nicht erst geprüft, sondern die Anerkennung des Reichsmanteltarifes zur Bedingung gemacht. Diesen Vertrag könnten die Unternehmer in Berlin jedoch nicht anerkennen, da er willkürliche Erweiterungen der Arbeiterrechte enthalte, so z. B. die Einbeziehung der Belegschaftsfrage und eine annehmliche und durchführbare Schlichtungsordnung.

Seit 1 1/2 Jahren seien etwa 75 Proz. der Arbeiter nur mit verkürzter Arbeitszeit bis zu 24 Stunden beschäftigt gewesen, etwa 50 Prozent der Anfang 1920 beschäftigten Arbeiter seien entlassen und mühten bis zu 4 Jahren auf Arbeit warten. Die Mühselmesse, die durch den Streik getroffen werden sollte, sei ziemlich fertiggestellt und werde dadurch kaum berührt.

Die Scharfmacherei der Baeth und der ihm Geistesverwandten wird durch diese Darstellung nur noch unterstrichen. Die Holzarbeiter werden die Antwort nicht schuldig bleiben.

Aus der Partei.

Bezirksparteitag für das westliche Westfalen.

Die Parteigenossen des Bezirks Westliches Westfalen hielten am Sonntag im Lindenhof in Dortmund ihre Tagung ab, die von gutem Geiste belebt war. Es waren 170 Teilnehmer anwesend, die aus allen Orten des Bezirks, aus dem Sieger- und dem Sauerland, dem Bergischen und dem Münsterland wie auch aus dem Gebiet der Schwerindustrie geschickt waren. Vom Hauptvorstand in Berlin war der Genosse Dr. Braun erschienen, der darauf hinwies, daß der Bezirk zu den volkswirtschaftlich und parteiorganisatorisch wichtigsten in Deutschland gehöre. Der Parteivorstand verfolge die Entwicklung der Partei in diesem Bezirk, der sich auch in der Zeit der inneren Wirren kräftig erhalten habe, mit großem Interesse.

Den Geschäftsbericht gab an Hand der den Teilnehmern überreichten gedruckten Vorlage der Bezirkssekretär Genosse Lupisch, der die in der Verdienstzeit geleistete Arbeit und ihre Erfolge würdigte. Bei den früher so großartig auftretenden Kommunisten und Unabhängigen herrscht eine fast beispiellose Verschärftheit, während unsere Partei innerlich kräftig dasteht und auch nach außen eine große Macht darstellt, die unerschrocken weiter vorwärts und aufwärts drängt und von lebhaftem Arbeitswillen belebt ist. In einigen Unterbezirken sind neue Sekretariate errichtet worden; neue sollen folgen und bestehende ausgebaut werden, damit die Sekretäre von Nebenarbeiten mehr frei werden. Die Errichtung eines besonderen Kommunalsekretariats für den großen Bezirk unterbleibt indes aus dem Grunde, weil andere Aufgaben noch dringender waren. In den Unterbezirken des Gebiets Westliches Westfalen sind für die Partei 12 Sekretäre tätig; dazu kommen die Angestellten des Bezirkssekretariats und des Frauen- sowie des Jugendsekretariats.

Am Schluß des vorigen Geschäftsjahrs hatte die Organisation des Bezirks 40 682 männliche und 12 223 weibliche Mitglieder. Mit dem Zugang im Berichtsjahr stieg die Zahl auf 71 945 Mitglieder, von denen indes wieder durch Austritt und besonders wegen Rückstände in der Beitragsleistung 12 180 abgingen, so daß 40 763 männlichen und 13 002 weibliche Mitglieder blieben. Diese Fortwärtentwicklung ist, wenn sie auch angesichts des großen Heeres der noch außerhalb der Organisation stehenden

Bevölkerungsteile nicht genügen kann, im Hinblick auf die recht schwierigen Verhältnisse im Bezirk während der Verdienstzeit dennoch sehr erfreulich. Die bei der Mitgliederzunahme beteiligten Genossen haben rühmlich gearbeitet und sich durch keine widrigen Umstände davon abhalten lassen.

Auch die Frauenbewegung hat sich vorwärts entwickelt. Es sind besondere Frauengruppen gegründet und die Presse ist für die Organisation der Frauen aufgebaut. Die Jugendbewegung im Bezirk steht fester als zuvor. Auch für die Jugendlichen haben die Parteizeitungen besondere Beilagen eingerichtet.

Zu den zwei eigenen Parteidruckereien vor dem Krieg in Dortmund und Bochum sind einige weitere hinzugekommen, außerdem sind die Genossen in einer Reihe Städte, die bereits Kopfstätter haben, dabei, eigene Druckereien einzurichten. Der Bestand an festen Bezieher der Parteipresse kann allerdings noch nicht genügen. Die Parteipresse hat im Bezirk einen hohen Stand, sie muß besonders mit der Presse der reaktionären Parteien kämpfen, die von den Schwerindustriellen gespeist wird, wie mit der kleineren Zentrumspresse. Daneben suchen dann noch die „Generalanzeiger“ das Volk zur Untertanenseligkeit und zur politischen Indifferenz zu beeinflussen.

Die Jahresbilanz ergab in Einnahme und Ausgabe annähernd 2 Millionen Mark, bei einem Kassenbestand von über 150 000 Mark. In der lebhaften sachlich geführten Aussprache wurden mancherlei Wünsche laut, doch wurde die geleistete Arbeit anerkennend gewürdigt.

Der Bezirkstag gab der Partei neue Satzungen, worauf nach der Wahl des Vorstandes und der Delegierten zum allgemeinen Parteitag der Reichstagsabgeordnete Dr. Braun über Deutschland in der Weltpolitik sprach. Er schilderte die Abhängigkeit Deutschlands von der Entente und sprach aus, daß das alte Deutschland nie in den leichtfertig heraufbeschworenen Krieg gezogen wäre, wenn es die Bedeutung des Auslandes, vor allem Amerikas, gekannt hätte. Jetzt sei nichts wichtiger als der fortwährende Hinweis auf die Tatsache, daß all das wirtschaftliche Elend und all die Gebundenheit dem Krieg zu verdanken sei. Braun gab einen Hoffnungsschimmer in der Wirksamkeit unserer Arbeiterinternationale.

In der Aussprache hielten einige Genossen verschiedene Bemerkungen in den sehr heftig aufgenommenen Ausführungen Braun für pessimistisch. Besonders der Abgeordnete Osteroth wies auf Kohle und Eisen in Deutschland und auf die deutschen Arbeiter hin, die diese Rohstoffe weiterverarbeiteten. Dementgegen wies Braun darauf hin, daß Osteroth „als Rumpel und als Dichter gesprochen“ habe; gewiß sei unsere Partei jecklich auf die Hoffnung eingestellt, aber sie müsse auf Erkenntnis gebaut sein. Kohle und Eisen seien wohl sehr wichtig, aber außer diesen hätten wir doch fast nichts an Rohstoffen. Und als die deutsche Werkstatt in der Kriegszeit ausgeschaltet war, seien die Engländer und die Franzosen doch nicht noch herum gelauten. Man dürfe die Bedeutung von Kohle und Eisen auch nicht überschätzen.

Der Vorsitzende Genosse Henzler schloß die Tagung mit dem Ausdruck der Befriedigung über ihren Verlauf.

Soziales.

Der diesjährige Ortskrankenhaustag.

Die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen findet vom 21. bis 23. August in Hannover statt. Es ist die 25. also eine Jubiläumstagung des Verbandes. Dementsprechend sind auch alle Veranstaltungen ausgestaltet. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige. Der bereits erschienene Geschäftsbericht des Verbandes ergibt, daß dieser 20 einzelne Unterverbände mit annähernd 1400 Kassen umfaßt, die rund 6 1/2 Millionen Mitglieder zählen. Es ist dies fast die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen. Ueber die Ausgestaltung der Kassenleistungen spricht Verbandsvorsitzender Fräulein-Dresden und Direktor Albert Kohn-Berlin. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Einführung der Familienhilfe, die zwar bei vielen Kassen schon in der Form der freiwilligen Mehrleistungen besteht, die aber nach den Forderungen des Verbandes zur allgemeinen gesetzlichen Pflichtleistung der Krankenversicherung erhoben werden soll. Auch sonst wird es notwendig sein, in die kurze Zeit recht vielfältigen Leistungen der Kassen eine größere Einheitlichkeit zu bringen. Wesentliche Fortschritte in der Verbesserung der Krankenversicherung werden erst möglich sein, wenn endlich einmal eine gesetzliche Regelung der Arzfrage vorgenommen wird, die auch die Krankenkassenverwaltungen befriedigt. Deshalb bildet ganz mit Recht die „Arzfrage“ den letzten Punkt der Tagesordnung. Es folgen dann Verhandlungen über das Reichsversicherungsrecht, weil die Krankenkassen insofern zu seiner Durchführung herangezogen worden sind, indem sie sämtlichen Kriegsbeschädigten die Heilfürsorge zu leisten haben. Die Neuregelung des Heilfürsorge, an der im Hinblick auf die Wochenhilfe und Wochenfürsorge die Krankenkassen ebenfalls ein starkes Interesse haben, bespricht Landtagsabgeordneter Wiener. Den Rest der Verhandlungen bilden Angelegenheiten des inneren Geschäftsbetriebes der Kassen, wie Regelung der Anstellungsbedingungen der Kassenangestellten, die Arznei- und Heilmittelversorgung usw. Wir werden über die Tagung am Schluß zusammenfassend berichten.

Der Reichswirtschaftsrat über die Wochenhilfe.

Bevor der Reichstag das letzte Gesetz über die Wochenhilfe und Wochenfürsorge verabschiedete, ging der Entwurf dieses Gesetzes auch dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zu, und sein Sozialpolitischer Ausschuß beschäftigte sich damit in seiner Sitzung vom 1. Juli d. J. Leider war seine Mühe umsonst, denn die Gesetzgebung schenke seinem Gutachter keine Beachtung. Die Reichstagsmitglieder stimmten am 6. Juli dem Vorschlag des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten zu, trotzdem jedes Mitglied wissen mußte, daß bei den Beratungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat Kräfte am Werke waren, die für die Durchführung seiner Vorschläge auch Sorge tragen würden, falls die Mittel nicht ausreichten. Schon heute steht fest, daß die Krankenkassen bedeutende Ueberschüsse gemacht haben, weil sie vorsorglich schon im vorigen Jahre ihre Beiträge erhöhten, und was liegt näher, als die Mittel dazu verwenden, wo es notwendig ist? Die Krankenkassen haben ja auch keine Ursache, sich da zu sträuben, denn sie wissen, welchen sozialen Vorteil für sie die Wöchnerinnenunterstützung hat. Wenn man bedenkt, daß die Geldentwertung eine so große ist, daß man nicht mal 1 zu 10 gegen früher rechnen kann, so ergibt sich, daß die Wöchnerinnenunterstützung, die während des Krieges gezahlt wurde, eine viel höhere als die heutige ist. So wurde zum Beispiel während des Krieges ein Stillgeld von 50 Pf. täglich gezahlt, dafür konnte eine Mutter sich 2 Liter Milch kaufen, die zu der besten gehörte. Wie so ganz anders heute, wo die Frauen viel mehr benötigen und man nur 1,50 M. täglich zahlt. Dazu kommt, daß es heute noch mehr Wöchnerinnen als während des Krieges gibt, die keiner Versicherung unterstellt sind, sich von diesen 1,50 M. also absolut nicht pflegen können. Ferner wurde früher als einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung ein Betrag von 25 M. gezahlt. Einer Hebamme, die während des Krieges 15—20 M. für eine Entbindung nahm, muß heute laut Tage 150—220 M. gezahlt werden, ja in einzelnen Städten ist sie sogar noch höher; was machen da die bewilligten 100 M. aus? Da nun aber zu einer Entbindung wahrlich mehr gehört als nur die Kosten für die Hebamme, so muß man doch fragen, ob die Mitglieder des Sozialen Ausschusses des Reichstages ein genügendes Verständnis bewiesen haben — immer an der Hand des Vergleichs der alten mit den neuen Unterstufungssätzen, die zwar höher sind, die aber, weil die Geldentwertung so groß ist, mehr aufgebessert werden müßten. Ebenfalls hatte das Gutachten des Reichswirtschaftsrats eine Unterstufung der Wöchnerin für 12 Wochen gefordert, der Reichstag hat diese Dauer bei 10 Wochen belassen. Hier kann von einer Aufbesserung nicht gesprochen werden. Es wäre zu wünschen, daß der Reichstag nach den Ferien auf dem schnellsten Wege höhere Sätze beschließt, schon in Anbetracht der zu erwartenden Teuerung, die wieder wie ein Damoklesschwert über unserm Haupte schwebt. Nachdem der Vorläufige Reichswirtschaftsrat geschlossen ist und Gutachten abgegeben muß, sollten die Mitglieder des Reichstages stets bei ihren Gesetzesberatungen diese Gutachten einfordern. Ein gemeinsames Arbeiten kann erfolgreichere Beschlüsse zeitigen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsa. Internationaler Bund der Reisende. Ortsgruppe Nord, 19. 24. Bezirk (4. Abt.). Versammlung am Donnerstag, den 18. 7 Uhr, bei Genl. Hermann, Ede Jägerstraße. — Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 18., Vortrag des Genossen Dr. Brander über „Sozialhygienische Kinderfürsorge“.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt.
R. J. 1000. Der Preis richtet sich nach der Lage, Ausstattung und der Bedienung, die verlangt wird.
(Schluß des redaktionellen Teils.)

Cobu! *Was frisst und trinkt das kleine Kind?*
Die Köpfe laufen. Es bleibt und das kleine Kind bei glücklichem Kopf.

Machen Sie einen Versuch mit „Cobu“.
Cocos-Pflanzen-Putter-MARGARINE
„Cobu“ muß nach dem Buchstaben des Gesetzes als Margarine bezeichnet werden, obwohl es sich um ein garantiert reines Pflanzenprodukt, vollständig frei von tierischen Fetten, handelt.

Zu haben in allen besseren Geschäften.
Vergleich-Markische Margarine-Werke J. A. Iffertstedt & Co. Eberfeld, Zweigfabrik Berlin-Bischelsdorf. — Begr. 1887.

Besonders günstige Angebote! Gültig kurze Zeit!

für Knaben von 6—9 Jahren

Stoff-Anzüge	einfarbig u. gemustert in Schlüpfer- und Sportform . . . von M. 73,	65 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	aus außerordentlich haltbar. Stoffen in gemust. u. blanker Farbe, Sport- und Prinz-Heinrich-Form v. M. 100, 90,	75 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	in allen Form. aus haltb. Cheviot- u. Homespunstoff. v. M. 160, 145,	120 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	aus sehr guten Stoffen, vorzögl. verarbeitet, kariert, gestreift, auch einfarbig blau. von M. 265, 235, 190,	180 ⁰⁰ an
Wasch-Anzüge	in allen Fassons u. nur guten Qualitäten v. M. 112, 90, 78,	52 ⁰⁰ an

für Knaben von 10—14 Jahren

Stoff-Anzüge	grau u. mod. farb., gemustert, ganz auf Futter gearb., sehr polsw., m. Broschesch. v. M. 160,	140 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	aus guten Qualitäten und Fassons. in einfarbig u. Homespunstoff v. M. 260, 240,	220 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	in besten Qualitäten und vorzüglichster Ausführung v. M. 350, 300,	280 ⁰⁰ an
Wasch-Anzüge	aus festen Stoffen, in Joppen- u. Sportform v. M. 150, 120,	95 ⁰⁰ an

für Jünglinge und zur Einsegnung

Stoff-Anzüge	aus haltbaren Stoffen, bestehend aus Joppe und Hose . . . von M.	34 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	aus sehr haltbar. Stoff., bestsch. aus Jackett, Hose u. Weste, v. M. 98,	83 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	marengo, mode und bräunlich gemustert, in Jackett- und Sportform von M. 210,	195 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	blau, farbige, kariert und gestreift, sehr gute Qual., v. M. 300, 275,	245 ⁰⁰ an
Stoff-Anzüge	in vorzögl. Qual u. modernst. Verarbeitung; blau, marengo u. farb. g. gestr. gemustert, v. M. 450, 400, 350,	330 ⁰⁰ an

Außergewöhnlich billig

Gummi-Mäntel für Damen u. Herren in sehr guter Qualität u. bester Ausführung, M. 250.—

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotonen und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Ludendorffs Profektoren.

Die Königsberger medizinische Fakultät ist, wie wir erfahren, in den letzten Jahren zwar nicht auf dem Gebiete der Wissenschaft, aber in der Politik schon des öfteren merkbar geworden. In den Kapp-Tagen flaggte die Direktoren aller Königsberger Kliniken, nur das physiologische Institut und die Frauenklinik blieben damals das, was sie ja auch sein sollen, wissenschaftliche Institute, die sich nicht um Politik zu kümmern haben. Das Königsberger politisch-medizinische Kleeblatt setzt sich aus den Herren Matthes, Kasperling und Kirchner zusammen. Kirchner ist nicht nur der kleine Nachfolger eines großen Wissenschaftlers, er ist auch der kleine Sohn des früheren Berliner Oberbürgermeisters, der einmal erklärte, als seine Bestätigung durch den König ausblieb: „Ich kann warten.“ Kirchner ist in seinen Fachkollegen schon verschiedentlich durch die lächerlichsten politischen Reden aufgefallen. Es hat deswegen in seinem Kolleg schon politische Diskussionen gegeben! Kirchner ist überdies, und das erklärt wohl alles, der Schwiegervater des Herrn Kapp. Seinem Schwiegervater hat er es wahrscheinlich mit zu verdanken, daß er während des Krieges in Königsberg glänzend avancierte. Wenn sich einmal in jenen Jahren von ihm Behauptungen melden, im besonderen diejenigen, die er so gern per „Du“ kurierte, dann kann es passieren, daß noch allerlei andere politische Beifallsblitze des Herrn Kirchner junior bekannt werden.

Unabhängige Bekenntnisse.

In der sozialistischen Partei links von uns ringen seit Halle die Kräfte nach einer politisch geraden Linie. Der Weg zu ihr geht durch Erkenntnis. Sie sind oft genug mit bitteren Wahrheiten verknüpft. In der gestrigen Abendnummer der „Freiheit“ schreibt so z. B. Dittmann über die gelben „Rostauer“. Er meint:

„Aber viele Kommunisten, die von den freien Gewerkschaften als von „Gelben“ reden, spotten ja meist ihrer selbst und wissen nicht wie! Viele von ihnen, die sich heute so überdramatisch gebärden, waren bis zur Revolution indifferent oder gar gelb! Sie waren Spielzeug und Schmarotzer beim Unternehmern, ließen sich von ihm „organisieren“ und mit Geldmitteln aushalten in den Werkvereinen, deren Zweck es war, die Gewerkschaften zu bekämpfen und Streikbrechergarden heranzubilden.“

Die Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung seit der Revolution ist sehr unheilvoll beeinflusst worden von diesen gelben „Revolutionären“. Im November 1918 drohten circa 50 000 bis dahin meist gelbe Arbeiter der Siemens-Werke, vor die Reichsanstalt zu ziehen, wenn der Rat der Volksbeauftragten (1) die Firma Siemens nicht zur Erfüllung der von der Belegschaft aufgestellten Forderungen zwingt. Bei den Verhandlungen, die ich für den Rat der Volksbeauftragten deswegen mit Herrn von Siemens führte, verwies ich darauf, daß sich seine bisherige Geldgier nicht rächen. Gerade die bisher indifferenten und gelben Arbeiter, die sich sonst in Knechteligkeit geduldet hätten, erhoben jetzt die unübersteiglichen Forderungen. Hier bewahrheitete sich wieder das Schillerwort: „Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittert nicht!“ Es seien die Gelben, die sich jetzt wie losgelassene Sklaven gebärden, während die bisher schon organisierten Arbeiter wüßten, daß politische Freiheit allein noch nicht den Sozialismus bedeute.

Dasselbe Bild kopflosen und unsinnigen Vorgehens bot vor Monaten der zusammengebrochene Streik bei den Farbenfabriken von vormals Friedrich Bayer u. Co. in Leverkusen im unteren Kreise Solingen. „Nammertusen“ war jahrzehntelang eine Hochburg der Gelben. Wie mühsam haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften dort um jeden Schritt Boden kämpfen müssen, bis 1918 der Zusammenbruch da war und die bisherige gelbe Hochburg sich in wenigen Monaten zu einer kommunistischen Hochburg entwickelte. Ein in Blut getauchter Gelber ist aber noch kein Roter, und so kam es, daß das Gros der Pseudo-Revolutionäre in Leverkusen die Feuerzeuge des kommunistischen Machstreiks nicht bestand und jetzt in die alte Knechteligkeit zurückzusinken droht.

Also bis dahin meist gelbe Arbeiter der Siemens-Werke waren es, die dem Rat der Volksbeauftragten Schwierigkeiten machten. Dittmann hat nur zu recht. Wir erinnern uns dabei nur, daß wir die Siemens-Arbeiter auch einmal als Hort der — U n a b h ä n g i g e n erlebt haben. Darin lag ja der Fehler und das Unglück der U.S.-Bewegung, daß sie sich nahezu zwei Jahre lang auf den plötzlichen Zuwachs stützte, der ihre alten Anhänger und ihre Führer einfach an die Wand drückte, wenn sie nicht wollten, wie diese Waffe mochte. Sobald wir das in jenen Zeiten aber festzustellen wagten, dann waren wir diejenigen, die die Majestät der revolutionären Masse nicht anerkennen wollten.

Jeder von uns, ob jung oder alt, hat einmal den Tag erlebt, da ihn die Erkenntnis erschütterte; so sind wir alle Sozialisten geworden. Die Auswirkungen des Weltkrieges und der Zusammenbruch haben dem sozialistischen Gedanken viele neue Anhänger zugeführt, und wir freuen uns darüber. Zeigte das doch wieder die Werbekraft unserer Ideen. In der Zwischenzeit ist schon so mancher der neu zu uns Gestohlenen zu einem durchgebildeten Kämpfer geworden. Wir wollen aber doch nicht vergessen, daß auf der anderen Seite so vieles, was erst großartig aussah, sich sehr bald als Strohhalm herausgestellt hat. Daran bleiben wir stolz, daß wir den Unterschied gesehen haben. Aber unsere Arbeitsbrüder von links sind allzuoft versucht gewesen, das Strohhalm als das leuchtende Finale beim Untergang des Kapitalismus und als Morgenrot der sozialistischen Welt zu sehen. Das hat sich bitter gerächt.

Fehlbestände an Heeresgeräten.

Eine merkwürdige Quelle meldete kürzlich unter Benennung eines großen Depeschendirektors, daß die Regierung und die sonstigen verantwortlichen Stellen bei der Erfüllung des Londoner Ultimatums weiter gegangen seien, als ihnen vorgeschrieben worden war. Sie hätten Handwaffen, Infanteriemunition und allgemeines optisches Gerät weit über die geforderten Mengen hinaus an die Internationalisierte Militärkontrollkommission abgeliefert. Es war klar, daß aus dieser Mitteilung in der Reichspressen allerlei gemacht werden würde. Diesmal ist es die „Deutsche Tageszeitung“, die mit einer ihrer unappetitlichen Beleidigungen den Vogel abschießt.

Wie steht es nun mit der Sache in Wirklichkeit? Zweifel abgeliefert worden sind — 500 Gewehre, 300 Mannschafsfädel, 50 Scherenfernstrohre usw. Die Differenz ist daraus entstanden, daß in der Zeit zwischen der Unterzeichnung des Ultimatums und dem Ablauf der Ablieferungsfrist von der Heeresverwaltung eine weitere Reihe Anträge auf Erhöhung der zugesprochenen Auslieferungsmengen gestellt wurden. Die Ablieferungsfristen ließen jedoch ab, ehe die deutschen Forderungen zugestanden waren, so daß nichts anderes übrig blieb, als diese Geräte vorläufig an die Reichstreuhandgesellschaft abzuführen. Da nachträglich die Ententekom-

mission die deutschen Anträge auf Erhöhung bewilligt hat, so hat das Reichstreuhandgesellschaft zuviel abgelieferten Beständen die Läden wieder ausfüllen zu können.

Wenn von den Freunden der „Deutschen Tageszeitung“ in den vergangenen zwei Jahren weiter nichts als 500 Gewehre und 300 Mannschafsfädel zu wenig abgeliefert worden wären, dann hätten wir heute mehr Frieden im Lande.

Begnadigungen in Sachsen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Dresden melden, daß sämtliche Beurteilten des außerordentlichen Gerichts für Sachsen begnadigt worden seien und sie führt dieses von ihr befragte Vorwissen auf den sozialistischen Charakter der sächsischen Regierung zurück.

Zunächst ist es nicht richtig, daß sämtliche Beurteilten begnadigt worden sind. Dann aber könnte das große Stinnesblatt wohl wissen, daß die Sondergerichte Einrichtungen des Reiches gewesen sind und daß infolgedessen das Gnadenrecht für die von diesen Gerichten Beurteilten ausschließlich dem Reichspräsidenten zusteht. Die Vorbereitung solcher Gnadenentscheidungen liegt allein beim Reichspräsidenten, nicht bei einem einzelstaatlichen Justizministerium. Die sächsische Regierung hat also mit diesen Begnadigungen nichts zu tun. Die Grundsätze für die Ausübung solcher Begnadigungen sind durch die feinerzeitige Veröffentlichung allgemein bekannt.

Zahlungsunfähige Landgemeinden.

Auf der Konferenz der Gemeindevorstände und Rechnungsführer des Kreises Sonneberg am 14. August d. J. in Sonneberg, zu der 50 Gemeinden des Kreises Vertreter entsandt hatten, wurde nach eingehender Debatte einstimmig beschlossen, ab 15. August d. J. sämtliche Zahlungen für Steuern und Brücken, Kreisumlagen, Schul- und Kirchenlasten und Schulzinsen, die für laufende Ausgaben ohne Schaffung von Gegenwerten ausgenommen werden müßten, einzustellen. Andere hier nicht aufgeführte Ausgaben werden nur soweit beglichen, falls bei den Zahlungen die Gemeinden nicht als Vermittlungsstellen auftreten, als dementsprechende Einnahmen zur Verfügung stehen.

Als Grund dieses Beschlusses wurde die unzureichende Zuweisung von Mitteln seitens des Reiches und die Schwierigkeiten, die bei Aufnahme von weiteren Darlehen gemacht werden, angegeben.

Das Verfahren ist nicht mehr ganz originell; auf diesem Wege versuchen auch schon andere Gemeinden, ihrer Schwierigkeiten Herr zu werden und das Reich an ihre Notlage zu erinnern.

Die Stockholmer Konferenz.

Stockholm, 17. August. (WZ.) Die Teilnehmer an der interparlamentarischen Konferenz trafen gestern im Sonderzuge hier ein. „Socialdemokraten“ widmet ihnen einen Begrüßungsartikel und bedauert darin das Fernbleiben der französischen und belgischen Gruppe. „Soensta Tidningsbladet“ tritt scharf dafür ein, daß die Konferenz gegen diese Manifestation des Krieges nach dem Kriege ebenso wie gegen die versuchte Isolierung der deutschen Wissenschaft Stellung nehme. Schücking bespricht in einem Interview die in der holländischen Presse geäußerte Anregung, durch ein Bekenntnis der deutschen Schuld am Kriege die Franzosen und Belgier milder zu stimmen. Er bezeichnet die Erfüllung dieser Anregung als unmöglich.

An der Konferenz nehmen auch die Genossen Hermann Müller und Adolf Köster teil.

Soll Washington Paris revidieren?

Paris, 17. August. (WZ.) Nach dem „Gclair“ wird in gut unterrichteten Kreisen versichert, daß im Gegensatz zu dem, was früher gesagt wurde, Briand in Washington die Debatte nicht einzig und allein auf die Entwaffnungsfrage zu beschränken veruchen wird. Der französische Ministerpräsident soll der Ansicht sein, daß die Gelegenheit günstig wäre, die meisten großen internationalen Probleme zur Sprache zu bringen und bei den amerikanischen Freunden Frankreichs eine Darstellung der loyalen Absichten der französischen Politik aller Welt gegenüber zu geben.

Der Flüchtlingsstrom gestaut.

Jerichow, 17. August. (WZ.) Der Auswanderungsstrom der Hungernden ist mit großer Mühe zum Stehen gebracht worden. Es werden schleunigst Bergungsstationen errichtet, in Mostau selbst auf vier Bahnhöfen und an der Chaussee nach Wladimir. Die Lage in den Hungergegenden ist nach wie vor äußerst kritisch. Es besteht ein

katastrophaler Mangel an Heilmitteln.

die Sterblichkeit erreicht erschreckende Dimensionen. Der Vorsitzende des Zentralkomitees des Roten Kreuzes hat sich mit einer Gruppe amerikanischer Journalisten in das Wolgarebiet begeben. — Nach einem Bericht der Moskauer „Pravda“ haben sich an sämtlichen Wolgahäfen, von Rostow Stromabwärts, große

Flüchtlingslager unter freiem Himmel

gebildet, die mit Hob und Cut aus ihren Dörfern ausgewandert sind und Verpflegung sowie Abtransport nach Sibirien verlangen. Ihre Stimmung ist erbittert. Sie werden nur unter großen Schwierigkeiten verpflegt und müssen zur Rückkehr bemogen werden, da ihr Abtransport nach Sibirien unmöglich sei und ihnen am Wolgauer der Hunger- und Seuchentod drohe.

Die Hilfsaktion.

Christiana, 17. August. (WZ.) Fritz Hofmann ist heute nach Riga abgereist, um mit den russischen und englischen Vertretern zu verhandeln.

Paris, 17. August. (WZ.) Die französische Regierung wird in der Internationalen Konferenz zur Bekämpfung der russischen Hungersnot durch den früheren französischen Botschafter in St. Petersburg, Rouleus, den früheren Präsidenten der französischen Handelskammer in Moskau, Girala, und den Vorsitzenden der französischen Roten-Kreuz-Organisationen, General Pau, vertreten sein.

Die polnische Choleraepidemie.

Warschau, 17. August. (WZ.) Die „Azeropolita“ verweist auf die Gefahr der Einschleppung der Cholera durch polnische Heimkehrer. In Baranowski sind am 15. August fünf Cholerafälle festgestellt worden. Das Blatt beklagt, daß

keine Vorbeugungsmaßnahmen

ergriffen worden seien; es lände keine Isolierung der Quarantänenlager von den umliegenden Ortschaften statt. Von den Grenzorten drohe die Verbreitung des Landesinnern.

Dreslau, 17. August. (WZ.) In Warschau und den anderen großen Städten sollen Cholera und Hungertypus in geradezu erschreckender Weise wüten. Die polnische Regierung hat strenge Maßnahmen zur Sperrung der russischen Grenze angeordnet. Starke Kavallerieabteilungen sind nach der Ostgrenze abgegangen. Deswegen hat die polnische Regierung eine strenge Quarantäne an der langpolnischen Grenze eingerichtet, da sie angeht die in Polen und an der oberschlesischen Grenze versammelten

starken Truppenmassen ein Ueberbringen der Seuchen auf ihr Gebiet befürchtet. Nur noch der Schnellzug Warschau—Posen—Berlin—Paris wird durchgeführt, alle anderen Züge und besonders die Truppentransporte unterliegen der Quarantäne. Es macht sich ein empfindlicher Mangel an Desinfektionsmitteln bemerkbar.

Abrüstung. Eine belgische Militärkommission bereitet die „Sode Henen“ in den Kreisen Eupen und Malmedy, um geeignete Plätze für die Anlage einer Befestigungsgruppe zu erkunden, die die Festungen Lüttich und Verdier, sowie einen Aufmarsch der belgischen Armee hinter diesen Festungen sichern soll, damit Ueberziehungen wie im August 1914 bei Lüttich unmöglich sind.

Wenigstens kein Ostkrieg soll nach dem Wunsch Englands in Kleinasien geführt werden, wenn auch sonst Lord George die Meinung vertritt, Griechen und Türken müßten Krieg führen, bis sie genug haben. Chamberlain hat im Unterhause mitgeteilt, daß die englische Regierung beabsichtige, die Ausfuhr von giftigen Gasen und Granaten sowohl nach Griechenland als auch nach der Türkei zu verbieten. Uebrigens meldet Griechenland wieder Vormarsch.

Das großmütige Polen. Am Schluß der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Danzig und Polen gab der polnische Generalkonmissar Plurinski dem Senator Jemelowski gegenüber amtlich die Erklärung ab, daß Polen auf das Recht, Danziger Vermögen in Polen zu liquidieren, Verzicht leiste. Der Senator betonte, daß nach Auffassung der Danziger Regierung eine solche Liquidierung überhaupt nicht statthaft sein könne. Immerhin sei es erfreulich, daß die polnische Republik vor der Unterzeichnung des Vertrages diese das ganze Wirtschaftsleben Danzigs berührende Erklärung abgegeben habe. — Im Hofjahr November 1920 — März 1921 sind im polnischen Korridor 170 beladene Güterwagen Richtung Pommern—Ostpreußen verschwunden.

Der deutsche Gesandte in Polen, Herr von Schön, ist in Warschau einetroffen. Im Parlamentsgebäude tagte eine Konferenz der deutschen Sejmabgeordneten mit den Delegierten der deutschen Organisationen in Warschau. Das Ergebnis der Tagung ist die Gründung einer Hauptgeschäftsstelle der deutschen Verbände Polens. Am 11. September findet in Lodz der erste Kongress der Deutschen Polens statt. — Es handelt sich hierbei um die bürgerlichen Organisationen.

Portugal und Deutschland. Der portugiesische Handelsminister hat die Absicht geäußert, die Aufhebung der Kriegsmassnahmen in Portugal vorzuschlagen, soweit sie nicht unter die Bestimmungen von Versailles fallen. Es handelt sich um jene Massnahmen, die den Wohnsitz, die bürgerlichen Rechte, die industriellen Unternehmungen und das Eigentum von Deutschen in Portugal betreffen. Die portugiesische Regierung hat die Absicht, alles zu tun, um die guten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Portugal in jeder Weise zu fördern.

Reichskanzler a. D. Fehrenbach hat seine Frau verloren; sie ist nach längerer Krankheit gestorben. Wir sprechen Herrn Fehrenbach unser Mitgefühl aus.

Deutschnationale Erkenntnis. In der „Kreuzzeitung“ hat eine neue Bestimmung Einzug gehalten. Sie will erfahren haben, daß Leipziger Arbeiter sich an die sozialistische Vereinigung der Hofenarbeiter in Buenos Aires gewendet hätten, damit diese der Einfahrt des Stinnes-Dampfers „Ludendorff“ Schwierigkeiten bereiten sollten. Wir wissen nicht, was an dieser Geschichte wahr ist. Aber wir stellen fest, daß die „Kreuzzeitung“ aus diesem Anlaß einem südamerikanischen Blatte freudestrahlend folgende Sätze entnimmt: „Uebrigens kennen wir nichts Bächerlicheres, als gegen Namen zu protestieren. . . . Es ist unnötig, sich gegen eine bloße äußere Form zu empören.“ Dieser Ansicht pflichtet die „Kreuzzeitung“ bei, die natürlich niemals gegen die Umbenennung von Straßenzügen nach der Revolution, niemals gegen die „schwarz-rot-goldene Judensahne“, niemals gegen die Entfernung kaiserlicher Insignien usw. protestiert hat. Wir nehmen mit Bestimmtheit an, daß die „Kreuzzeitung“ demnächst auch die deutschnationalen Proteste gegen die Einführung der republikanischen Handelsflagge als lächerlich und unsinnig bezeichnen wird.

Wirtschaft

Die Teuerung.

Die amtlichen Teuerungszahlen verzeichnen bekanntlich eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Juli auf 963. So groß ist der verrechnete Mindestbedarf einer vierköpfigen Familie an Nahrung, Wohnung, und Beheizung im Reichsdurchschnitt. Der Bedarf an Kleidung ist dabei nicht berücksichtigt. Ebenso kommen in den Zahlen für den Monat Juli die erst später erfolgten Preisausschläge für Brotgetreide infolge der neuen Preisregelung und die für Einfuhrwaren, die sich infolge der Bailaüberprüfung weiter verteuerten, noch nicht zum Ausdruck.

War der Juli also der bisher teuerste Monat nach den für die Lebenshaltung der breiten Massen wichtigen Feststellungen, so zeigten auch die amtlichen Großhandelspreisberechnungen die wachsende Teuerung. Die Rezipienten des Statistischen Reichsamtes für Großhandelspreise ist von 1265 im Durchschnitt des Monats Juni auf 1425 im Durchschnitt des Monats Juli gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt. Die Gruppe Getreide und Kartoffel stieg von 1013 auf 1096, die Gruppe Fleisch, Fisch und Getreide von 1626 auf 1633, die Gruppe Kolonialwaren von 1273 auf 1447, die Gruppe Häute und Leder von 1610 auf 1729, die Gruppe Textilien von 1823 auf 1991, die Gruppe Metalle von 1551 auf 1581 und die Gruppe Rohlen und Eisen von 1671 auf 1740.

Da die Großhandelspreise im allgemeinen den Kleinhandelspreisen vorauszuweisen pflegen, deutet sich in diesen Zahlen die weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Masse an, wie sie jetzt schon zu spüren ist.

Die Valuta hat sich gestern wieder gehoben, und zwar fielen die Devisenkurse etwa auf den am Dienstag erreichten Stand. Der Dollar liegt somit von 90,90 auf 88,41 zurück. Der Preis von 100 holländischen Gulden sank von 2882,10 auf 2717,25, der von 100 Schweizer Franken von 1498,50 auf 1453,50 W. Nachrichten von den Auslandsbörsen lassen darauf schließen, daß dieselben Kreise, die sich am inländischen Markt durch Spekulationen auf Reichs- und Volksnoten „gesund machen“, auch im Ausland durch Marktkäufe den Wert der Mark drücken. Das nach Gothein durch die Steuern lästigt vernichtete Kapital flieht ins Ausland und legt das Wasserland auf den Altar seiner Misere.

Auch die Frankfurter Börse legt Eierstunden ein, um mit der Anzahl von Aufträgen der Spekulation fertig zu werden. Der dortige Börsenvorstand ließ gestern die Abendbörse ausfallen — in Frankfurt tritt die Börse zweimal täglich zusammen. Ebenso findet heute und morgen keine Abendbörse statt. — In Frankfurt waren es die Bankbeamten, die die Einschränkung der Börse veranlaßten. Der Deutsche Bankbeamtenverein drohte für den Fall, daß der Börsenvorstand nicht alsbald geeignete Maßnahmen zur Verminderung der ungeheuren Flut der Börsenaufträge ergreift, seinerseits gewerkschaftliche Maßnahmen an, um dem jetzigen unerhörten Zustand ein Ende zu bereiten. In Arbeiterversprechungen wurde der Standpunkt des Deutschen Bankbeamtenvereins geteilt, worauf der Börsenvorstand die Schließung der Abendbörse bis zum 26. August veranlaßt hat.

Gewerkschaftsbewegung

An die deutschen Arbeiter und Angestellten!

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in seiner am 13. und 14. August in Berlin stattgefundenen Konferenz, zur Lage des durch Hunger und Seuchen aller Art in schlimmster Weise heimgeführten russischen und georgischen Volkes, Stellung genommen. Er beschloß, einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen und die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder zu beauftragen, Sammlungen einzuleiten.

In Gemäßheit dieses bereits zur allgemeinen Kenntnis gelangten Beschlusses fordern wir die Arbeiter und Angestellten Deutschlands auf, unverzüglich mit den Sammlungen zu beginnen.

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Ortskartellen des Ufa-Bundes werden ersucht, sofort Sammellisten an die Gewerkschaftsmitglieder herauszugeben. Die Sammlungsergebnisse sollen umgehend an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter der Adresse „Hermann Kube, Berlin SO 16, Engelufer 24, IV, oder auf Postfachkonto 7350 Postfachamt Berlin“ eingeleitet werden.

Wir fordern alle Arbeiter und Angestellten auf, nach Maßgabe ihrer Kräfte sich an diesen Sammlungen zu beteiligen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

E. H. Leipart.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund.

Hoffmann.

Zur Berliner Hilfsaktion für Rußland.

Einer Zuschrift der Gewerkschaftskommission entnehmen wir: Die Einheitsliste der Hilfsaktion in Berlin, die durch den Aufruf der Gewerkschaftskommission und des Ufa-Ortsausschusses vom 7. August gegeben war, ist durch den Aufruf des kommunistischen Komitees „Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“ vom 12. August durchkreuzt worden, wie wir durch die Schilderungen über die Entwicklung der Dinge gezeigt haben.

Die arbeitende Bevölkerung Berlins wird daher ersucht, nur die Sammellisten zu zeichnen, an deren Kopf „Rußlandhilfe, Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und Ufa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin“ steht.

Nachdem der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) die Sammlung einheitlich in die Hand genommen hat, ist die sichere Gewähr gegeben, daß für die Linderung der Leiden des russischen Volkes wirklich etwas geschehen wird.

Die Arbeiter und Angestellten sind verpflichtet, jeden Zerstückelungsversuch dieser Hilfsaktion, auch den der kommunistischen Partei, weit von sich zu weisen und nur auf die Listen der Gewerkschaftskommission und der Ufa zu zeichnen.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umg.
Kollmerhaus.

Gewerbegerichtswahl!

Morgen Freitag, den 19. August, von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr, findet die Wahl der Arbeitgeberlicher zum Gewerbegericht statt. Zu dieser Wahl haben die sozialistischen Parteien, gemeinsam mit den wirtschaftlichen Organisationen eine „Liste der freien Arbeitgeber“ aufgestellt. Deshalb wählen alle sozial denkenden Arbeitgeber nur die

Liste der freien Arbeitgeber.

Die Arbeitgeber weisen ihre Wahlberechtigung durch eine Bescheinigung der Polizei- oder Gemeindebehörde darüber nach, daß sie ein Gewerbe betreiben und mindestens einen Arbeiter regelmäßig das ganze Jahr oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Dieser Nachweis kann auch durch Vorlegung der Bescheinigung über die Anmeldung des Betriebes zur Gewerbesteuer und der letzten Quittungen der Krankenkasse geführt werden.

Zu der am Sonntag von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr, stattfindenden Gewerbegerichtswahl für die Arbeitnehmerlicher weisen wir nochmals darauf hin, daß jeder Wahlberechtigte eine Wahlbescheinigung haben muß. Diese Wahlbescheinigung ist mit dem Firmenstempel und der Unterschrift des Arbeitgebers (die Unterschrift kann auch durch Familien-Stempel gegeben werden) oder durch Stempel und Unterschrift der Polizeibehörde zu versehen.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß die Listen der Kandidaten sowie der zuständigen Wahllokale vom Magistrat an den Sitzungsstulen veröffentlicht sind. Ehrenfache der organisierten Arbeiterschaft ist es, der

Liste der freien Gewerkschaften

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend (Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin

kum Siege zu verhelfen. Die Listen des Nationalen Gewerkschaftskartells, des Bauarbeiters-Verbandes und der Gewerkschaften dürfen keine Stimme erhalten.

Liste der freien Gewerkschaften!

Ufa-Bund Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission
Ortskartell Groß-Berlin Berlins und Umgegend

Wahlansweise zur Gewerbegerichtswahl sind zu haben für Adlershof beim Obmann Otto Lobeck, Mejer Str. 14, von 9-1 und von 3-6 Uhr.

Für den Bezirk Steglitz sind heute von 7-8 Uhr abends im Lokal von Behnke, Steglitz, Heefestr. 2, das Wahlmaterial und die Wahlbescheinigungen in Empfang zu nehmen, wozu alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder erscheinen müssen.

Generalversammlung der Betriebsräte.

Da auf Anfordern Adolf Vaer es ablehnte, die Adressen der Unterstützungskommission zwecks Einladung zur Generalversammlung zur Verfügung zu stellen, werden hiermit sämtliche Mitglieder der früheren Unterstützungskommission zur Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, am Dienstag, den 23. August 1921, abends 6 Uhr, in den Sophienböden, Berlin, Sophienstr. 17/18, eingeladen. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Kein Streik der Klavierarbeiter.

Wie kürzlich berichtet, hatten die Klavierarbeiter in einer Branchenversammlung dem Vorschlag der Verhandlungskommission zugestimmt, sich mit einer Lohnhöhung von 12 1/2 Proz. auf zwei Monate zu begnügen. Die Unternehmer, die sich zuerst ganz ablehnend verhielten, dann mit einem Angebot von einigen Pfennigen kamen, um dafür eine Bindung auf drei Monate zu verlangen, haben sich schließlich doch der besseren Einsicht gefügt, und auch obigem Vorschlag zugestimmt. Nicht allein mag es leicht gewesen sein, die schmerzhaften Regungen im laubstüchtigen Busen zu unterdrücken, jedoch mögen die noch in guter Erinnerung stehenden Lehren des vorjährigen 10wöchigen Kampfes bei dem Entschluß ausschlaggebend gewesen sein. Es soll aber schon jetzt gesagt werden: als befriedigender Ausgleich für die steigende Teuerung ist der geringe Aufschlag nicht zu betrachten, und wird zum 16. Oktober darüber noch ein ernstes Wort geredet werden müssen. Die Vereinbarung lautet:

Die Vereinbarung vom 8. 8. 21, soweit sie die Lohnfrage regelt, wird bis zum 30. 8. 21 verlängert mit der Maßgabe, daß auf die bestehenden Löhne und Akkordpreise ab 1. 8. 21 ein Zuschlag von 12 1/2 Proz. bezahlt wird. Bezüglich der angefangenen Akkorde gilt als vereinbart, daß eine Nachzahlung in Höhe von 12 1/2 Proz. auf die ab 1. 8. 21 verbleibende Restsumme zur Auszahlung gelangt. Demnach beträgt für die Dauer des Abkommens der tarifliche Durchschnittslohn 6.75 M., der Mindestlohn 6.10 M. Für die anderen Gruppen erhöht sich der Lohn um den gleichen Prozentsatz. Sollte seitens der Regierung oder der Speiseorganisations während der Vertragsdauer ein höherer Prozentaufschlag als der vereinbarte Aufschlag in Kraft treten, so gilt als vereinbart, daß von dem Tage einer solchen Erhöhung der Satz von 12 1/2 Proz. auf die so erhöhten Sätze in Anrechnung gebracht wird.

Dieses Abkommen gilt um je einen Monat als verlängert, falls nicht von einer der vertragsthehenden Parteien 14 Tage vor Ablauf des betr. Monats eine schriftliche Kündigung erfolgt, die erstmalig am 16. September 1921 in den Händen der Gegenpartei sein muß.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Piano-Mechanik-Industrie, die sich im Beginn der Lohnbewegung befinden, versammeln sich heute nachmittags 5 Uhr bei Greuer, Gr. Frankfurter Str. 117.

Berliner Gewerkschaftskommission und „Rote Fahne“.

Die „Rote Fahne“ brachte in ihrer Nummer 370 (Abendausgabe vom letzten Sonnabend) ein Rundschreiben der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgegend an die Unterkommissionen. Zu dieser Veröffentlichung hätten wir nichts zu sagen, da wir nach wie vor an dem darin enthaltenen Standpunkt festhalten, wenn nicht die „Rote Fahne“ Bemerkungen daran knüpfte, die ihre vollständige Unkenntnis in diesen Dingen zeigen und damit für die Befürchtung der „Roten Fahne“ eine Vorpiegelung falscher Tatsachen bedeuten. Mit der „Roten Fahne“ darüber zu streiten, welche Tätigkeiten die Unterkommissionen auszuüben haben, lohnt sich nicht; denn das weiß ja die „Rote Fahne“ angeblich besser als wir.

Bei dieser Gelegenheit stellt die „Rote Fahne“ noch eine Frage in bezug auf die Einziehung der Gelder für die Rußlandsdelegation im Betrage von 204.587,40 M., während die Delegation nur 172.531,15 M. gekostet habe, und wo die 30.000 M. Mehreinnahme hingewandert seien. Es ist geradezu bezeichnend für die „Rote Fahne“, daß sie nicht einmal insandte ist, die starke Abrechnung resp. Bilanz zu lesen. Und diese Leute wollen die Führer großer Massenbewegungen sein. Wir können der „Roten Fahne“, ohne ein Geheimnis zu verraten, mitteilen, daß die Delegationskosten nach Rußland keine 172.531,15 M. betragen haben, es müssen 50.400 Tarenrubel davon in Abzug gebracht werden. Aus der Bilanz sowie aus dem Vermögensbestand der Berliner Gewerkschaftskommission geht klipp und klar hervor, wo die weiteren 30.000 M. geblieben sind. Oder wünscht vielleicht die „Rote Fahne“, daß wir diese 30.000 M. auch denjenigen zuführen, die es so meisterlich verstehen, mit Geld umzugehen, wie beispielsweise der ehemalige rote Volksgenerat oder auch die „Rote Fahne“, die von dem jetzt so schwer gequälten Rußland für die Möglichkeit ihres Erscheinens noch recht beträchtliche Zuschüsse nimmt. Es kann keine Rede davon sein, daß wir unsere Kraft nur dazu verwenden, Kommunisten zu belämpfen. Wir sind vielmehr stets in der Abwehr, und in dieser müssen wir uns selbstverständlich von den Dreckkübeln, die von den Kommunisten über uns ausgegossen werden, reinigen. Außerdem haben wir bis jetzt noch keine spezialisierte Abrechnung erhalten. Auch sind die Reisekosten von der Delegation noch nicht abgeliefert worden, die dann von der Summe noch in Abrechnung gebracht werden könnten.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Achtung, Zimmerer!

Der allgemeine Streik der Zimmerer Groß-Berlins ist seit dem 11. August 1921 beendet. Einige Firmen weigern sich nach wie vor, unsere dort beschäftigt gewesenen Kameraden wieder einzustellen und ist somit über diese Betriebe die Sperre verhängt worden. Es sind dies: familiäre Betriebe der AGW, der Siemens-Konzern, ebenfalls weigert sich die Bauabteilung unserer Vertrauensmann in ihre Abteilung wieder aufzunehmen, Kähliger, (Baustelle Hadescher Markt), Schwarztopff, Ederingstr., Kadelwerf, Oberjüree, Porzellanfabrik Teltow, Vorkig (Zegel), Gossen, Reindendorf, Hofemann & Kühnemann, Euer (Dramwerke), Berlin, Aga (Dramwerke), Berlin, Schultheiß-Pagenhofer.

Die Vorschlagsliste des Gewerkschaftsvereins (H-D) zur Gewerbegerichtswahl enthält auch den Namen des Unterzeichneten. Erst durch Anfrage von meiner Gewerkschaft und von Parteigenossen wurde ich auf diese merkwürdige Kandidatur aufmerksam gemacht. Ich erkläre hiermit, daß ich es selbstverständlich entschieden ablehnen würde, mich von gegnerischen Gewerkschaften aufstellen zu lassen — wenn ich darum gefragt würde. Da ich aber nicht einmal befragt wurde, kann ich gegen diese eigenartige Kandidatenaufstellung nur protestieren. Paul Gurstl, Dudenarber Str. 26.

Achtung, Dachdecker! Vom 18. August 1921 erhöht sich der Stundenlohn der Dachdecker nochmals um 15 Pf. Mitin beträgt der Lohn der Dachdecker jetzt 7,80 M., der der Hilfsarbeiter 7,45 M. pro Stunde.

Streik- und Lohnbewegungen. Verhandlungen in Dortmund über die Lohnstreitigkeiten in der westdeutschen Kanalschiffahrt wurden abgebrochen, da die Vertreter des Transportarbeiterverbandes die Angebote der Unternehmer als ungenügend erklärten. Der Verband hat den Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Reichskommissars Weßlich angeufen. Verhandelt wird am Montag. — Die Verwaltung des Phönixwerks in Nachrodt hat die Belegschaft striktlos entlassen, da sie durch einen wilden Streik Kontrollbruch begangen habe. Das von den Unternehmern stillgelegte Kraftwerk soll die Technische Nothilfe in Hagen wieder in Gang bringen. Es wäre nicht das erste Mal, das von der Nothilfe saniert wurde. — In Halle a. S. wurde für Freitag ein Streik der Metallarbeiter angekündigt, falls die Unternehmer bis heute nachmittags keine befriedigenden Zugeständnisse machten. — Die Hamburger Polizeibeamten fordern vom Senat 2000 M. Vorschuß auf die zu erwartende Erhöhung der Teuerungszulage, da die in den letzten 14 Tagen erfolgte Teuerung unerträglich sei.

Havelod Wilson für Lohnkürzung.

In Kopenhagen war am Dienstag eine Versammlung dänischer Seeleute zu Ehren der Anwesenheit englischer, amerikanischer und französischer Führer seemannischer Organisationen. Hier wurde angeblich von allen Seiten die Annahme herabgesetzter Löhne empfohlen. Die Redner, vor allem der Präsident der internationalen Seemannsunion, Havelod Wilson, kritisierten scharf die Härtsamkeit der Dänen, die ihre Verhandlungen mit den Reedern über ein neues Abkommen zum 1. Januar scheitern lassen wollten. Er erklärte, daß die Konjunktur ein Eingehen auf eine starke Lohnherabsetzung unbedingt erfordere.

Die dänischen Seeleute haben den Organisationen der Seeleute, Heizer, Maschinenisten und Angestellten folgendes Angebot gemacht: Wird die Lohnkürzung um 20 Proz. angenommen, so werden 50 Proz. der jetzt stillliegenden Schiffe am 1. Oktober wieder in Fahrt gebracht.

Die dänischen Seeleute hätten dem Herrn Havelod Wilson sagen sollen, er möge auf die andere Seite gehen; auf die Seite der Unternehmer, wohin er längst gehört. Ob und inwieweit eine Lohnherabsetzung berechtigt erscheint, werden sie selber zu beurteilen wissen und ihre Unternehmer werden nichts unberücksichtigt lassen, die Lohnherabsetzung herbeizuführen. Ein Gewerkschaftsführer ist zweifellos verpflichtet, selbst auf Kosten seiner Popularität den Arbeitern reinen Wein einzuschütten, auch wenn der Wein einen herben Beschmack hat. Doch wie Paul Müller, jetzt auch Havelod Wilson, daß der Gewerkschaftsführer nicht über die Grenze hinausgehen darf, die zwischen den Interessen der Arbeiter und denen der Unternehmer besteht.

Internationales Steinarbeitersekretariat.

Am 20. und 21. August findet in Innsbruck der internationale Kongress statt. Es ist dies der erste Kongress der Steinarbeiter-Internationalen seit dem Kriegsausbruch. Verschiedene Umstände machten eine frühere Einberufung unmöglich. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen u. a.: Beitritt zur Bauarbeiterinternationalen, Lohn- und Tarifpolitik, Arbeitsstunden, Berufsfragen und deren Bekämpfung.

Dem Internationalen Sekretariat sind alle europäischen Länder mit Ausnahme von Spanien, England, Rußland und Serbien angeschlossen. Von den überseeischen Landesorganisationen hat sich einzig der Granitarbeiterverband Americas angeschlossen. Die angeschlossenen Verbände zählen über 100.000 Mitglieder. Der Sitz des Sekretariats war seit dessen Bestehen in der Schweiz.

Gegen Lohnherabsetzungen in Frankreich hat der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Arbeiterverbandes Stellung genommen und beschloßen, gegen die Versuche der Unternehmer und des Staates, die Löhne zu kürzen, Protest zu erheben.

Generalstreik der französischen Textilarbeiter. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Lille ist in der Textil-Industrie der Generalstreik ausgebrochen. Der Generalstreikparade seien von 62.000 Arbeitern 54.000 gefolgt.

Recanto, für den rebalt. Zell: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg: für Anzeigen: 23. Wlad. Berlin. Verlag: Formschütz-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formschütz-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Emmer u. Co., Berlin. Einband: A. Gierz eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Reinwelt“.

HERMANN Billige Lebensmittel

Puddingpulver

Haushalt-Pudd. Pak. 85 Pf.
Dessertspeise Paket 90 Pf.
Role Grütze Paket 1 00
Mandel-Rosinen-Pudding Paket 1 50
Schokoladenspeise 2 25

Obst

Kochbirnen Pfund 85 Pf.
Tafelbirnen Pfund 1 60
Essäpfel Pfund 1 60
Gr. Strudeläpfel Pfund 2 50
Tomaten Pfund 2 40

Wurstwaren

Rotwurst n. Thür. Art. Pfd. 1 10
Landleberwurst Pfd. 1 10
Grobe Bauern-Mettwurst Pfd. 1 60
Schinkenspeck mul. Pfd. 1 80
Rindfleisch in eign. Salt 6 00

Wild — Geflügel

Wildragout Pfund 7 00
Rehblätter Pfund 12 00
Rehkeulen Pfund 17 50
Suppen-Hühner Pfund 13 50
Junge Hühner .. Pfund 14 50

Leipziger Str. Fleisch Alexanderpl.

Gehacktes Rindfleisch 9 00
Schmorfleisch ohne Knochen getrennt, Pfund 10 50
Rinderkamm und Brust getrennt .. Pfund 7 00
Frisch. Kalbskamm .. Pfund 10 00
Frisch. Kalbskeulen Pfd. 11 50
Schweinebauch u. Blatt frisch, Pfd. 15 00
Schweinerücken frisch Pfund 15 00
Himbeer- u. Kirschsafft neuer Ernte, mit Zucker eingekocht 9 00
1/2 Pfund, ohne 1 Pfund 17 50
1/2 Pfund, ohne 2 Pfund

Gemüse

Neue Karloffeln Pfund 65 Pf.
Wirsingkohl Pfund 50 Pf.
Kohlrabi Mandel 85 Pf.
Einlegegurken ... Pfund 1 15
Senfgurken Pfund 1 30

Fische, Räucherw.

Lebende Schleie .. Pfd 14 50
Frischer Seelachs Pfund 2 00
Fr. Goldbars Pfund 2 00
Lachsheringe Stck. 1 10
Aale getrocknet Bund 4 75

Kolonialwaren

Roggenmehl Pfund 3 00
Weizenmehl Pfund 4 20
Grüne Erbsen Pfund 2 75
Viktoria-Erbsen Pfund 2 90
Gebr. Kaffee... Pfund 20 00

Käse — Fette

Tilsiter Käse Pfund 7 50
Quadrat-Käse .. Pfund 12 00
Bratfett Pfund 12 00
Margarine Pfund 9 50
Marmelade Pfund 4 50

Kaninchen 4 00
ger. oder ohne Kopf u. Füße, Pfd.

Rindertalg 10 00
ausgelassen Pfund

Feiner Portorico-Tabak 19 50
Kräftig, mild und wohlschmeckend, 1-Pfd.-Paket

Salzheringe 25
große Stück

Bücklinge 6 60
Pfund